

## Rezensionen

Christian Büschges & Joanna Pfaff-Czarnecka (Hg.): *Die Ethnisierung des Politischen. Identitätspolitiken in Lateinamerika, Asien und den USA*. Frankfurt am Main & New York: Campus 2007 (Historische Politikforschung, Bd. 12). 309 Seiten

Eine der zentralen Herausforderungen, die sich nach dem Ende der Blockkonfrontation für die Sozialwissenschaften stellten, bestand in dem zuvor kaum für möglich gehaltenen Aufschwung ethnisch und religiös kodierter Identitätspolitiken. Der vorliegende Band setzt sich mit Erfahrungen, Strategien und Modellen der Repräsentation und Integration ethnischer Gruppen und ethnisch begründeter Vertretungs- und Partizipationsansprüche im „politischen Raum“ auseinander. Dabei optieren die Herausgeber für ein „heuristische(s) Konzept des Politischen“, „das Praktiken, Diskurse und Grenzbeziehungen als politisch definiert, wenn sie überindividuell und breitenwirksam, nachhaltig und nicht nur ephemere sind sowie Verbindlichkeit anstreben“ (9f). Im Anschluss an Luhmann verweisen sie weiter auf die Ebene der Inklusion/Exklusion, die in der beständigen Neukonstituierung der „Grenzen des Politischen“, d.h. in der Auseinandersetzung um dessen Grenzen und damit um „Grenzverschiebungen“ zum Tragen kommt (11). Genauer zu klären wäre hier, ob der nicht explizit angesprochene Staat, genauer das Regierungssystem, mit dem „Politischen“ zusammenfällt oder was sonst weiter darunter zu subsumieren und zur Staatlichkeit in Beziehung zu setzen wäre. Die Stärke dieses einleitend auf der Grundlage des Bielefelder Sonderforschungsbereiches „Ethnisierung und De-Ethnisierung des Politischen“ nur knapp skiz-

zierten Konzeptes liegt jedoch in der klaren Unterscheidung zwischen Nationalstaat bzw. Nation und Ethnizität oder Ethnie, die ihrerseits auf unterschiedliche, nämlich ein „assimilatorisches“ sowie ein „multi-kulturelle(s) Integrationsmodell“ verweist (8).

Die ganz im Sinne der angesprochenen Begriffsstrategie heuristische Leistungsfähigkeit dieser konzeptionellen Disposition erweist sich an einer Reihe der in dem Band enthaltenen Beiträge. In mancher Hinsicht modellhaft ist die Behandlung der Indianer durch staatliche Instanzen der USA, insbesondere die Verlagerung der Verfügungsmacht und der mit sehr wechselnden Spielräumen erfolgenden Aushandlungsprozesse aus dem politischen Modus internationaler Verträge mit Völkerrechtssubjekten in den innerstaatlichen Modus des Rechts, der nicht der Aushandlung zwischen gleichberechtigten souveränen Partnern, sondern gerichtlichen Entscheidungen und Verwaltungsakten unterliegt. Wie *Claudia Haake* am Beispiel der bis in die Gegenwart reichenden Auseinandersetzungen um den Status der Delawaren eindringlich zeigt, waren diese Rechtsakte vor allem im 19. Jahrhundert zudem von einer geradezu eliminatorisch zu bezeichnenden Willkür geprägt, und auch die Ende des 20. Jahrhunderts einsetzende Öffnung gegenüber einer artikulierten und selbstbewussteren Indianer-Bewegung konnte das etablierte institutionelle Grundmuster nicht ernsthaft verändern.

Den geographischen und thematischen Kernbereich des Bandes umreißt ein längerer Beitrag von *Joanna Pfaff-Czarnecka*, *Christian Büschges*, *Friso Hecker* und *Olaf Kaltmeier*, der im Vergleich von Prozessen der politischen Integration, anders des *nation*

*building*, in Nepal und Ecuador „frappante Parallelen“ (19) aufzeigt. Trotz erheblicher zeitlicher Verschiebungen lassen sich drei Phasen moderner Staatlichkeit aufzeigen, in denen zunächst die „nationale Einheit“ bei deutlicher Abgrenzung bestimmter „Bevölkerungsgruppen“ festgeschrieben wurde, worauf die „Assimilierung ethnischer Minderheiten im Zuge staatlich gelenkter Modernisierungsprozesse“ und schließlich eine „Phase der politischen Aushandlung der Integration ethnisch differenzierter Bevölkerungsgruppen“ folgten (22). Die letztgenannte, aktuelle Phase ist nicht nur durch dramatische Prozesse wie die Krise der Monarchie und die militärisch-politischen Erfolge der Maoisten in Nepal oder die ethnische Kodierung der wiederholten heftigen indigenen Bewegungen in Ecuador gekennzeichnet, sondern vor allem auch durch Konsequenzen dieser Prozesse, etwa die Übernahme einer „Rhetorik der Inklusion“ auch durch etablierte Parteien in Nepal (42) oder die Anerkennung „indigene(r) Völker ... mit essentialisierenden Konzepten“ in Ecuador (61). Während jedoch in beiden Ländern die Forderung nach umfassender Inklusion „in der Hochphase der Ethnisierung in den 1990er Jahren als Ausdruck einer allgemeinen politischen Mobilisierung und Demokratisierung gedeutet worden“ ist (61), lassen sich als Konsequenz aus den „staatlichen und suprastaatlichen Ethnisierungsstrategien“ zugleich Potentiale zur „Entpolitisierung des Ethnischen“ im Sinne der technokratischen Verarbeitung der damit bezeichneten Probleme erkennen (62).

Bis auf einen beziehen sich alle weiteren Beiträge auf Lateinamerika. Drei Aufsätze über Mexiko ergeben eine lockere Zeitreihe von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Zunächst stellt *Sebastian Thieß* mit Ignacio Ramírez einen als *indígena* agierenden Intellektuellen vor, der seit den 1840er

Jahren zunehmend über den vorherrschenden Liberalismus hinausgreift und in einer für Mexiko sehr krisenhaften Zeit auf die verzweifelte Lage der Indios verweist, die er mit jener der unterdrückten europäischen Völker gleichsetzt (129). Wie Thieß zeigt, nahm Ramírez Motive der Befreiungstheoretiker wie etwa Frantz Fanons um 100 Jahre vorweg, was allerdings nicht heißt, er sei von paternalistischen Vorstellungen etwa im Erziehungsbereich frei gewesen. *Wolfgang Gabbert* erläutert die Konstituierung einer indianischen „Bildungselite“ im Gefolge der Positionsgewinne nach der mexikanischen Revolution. Da Assimilation scheiterte, wurde die „Aufrechterhaltung der Besonderheit der Indianer“ zur Bedingung der sozialen Fortexistenz dieser Gruppe (153), der es in der Folge gelang, ihr Mobilitätsinteresse „mit den zentralen Problemen der dörflichen Basis“ zu verknüpfen (157). Dies gipfelte in der „Ethnisierung von Interessenvertretungen“ (159), die ihrerseits zur Umformung ethnischer Artikulationsformen im Rahmen der durch die forcierte Deregulierungspolitik der letzten zweieinhalb Jahrzehnte bedingten Krise in vielen ländlichen Regionen führt. Schließlich sind internationale Verbindungen vor allem aufgrund weiträumiger Migration für die Ausbreitung von „Sprache und Denkfiguren“ verantwortlich zu machen, die etwa „das Recht auf Selbstbestimmung“ allein „den Völkern“ zuschreiben (163). Das bedeutet zum einen eine eklatante Übereinstimmung mit der „westlichen Vorstellung“ der Nation (164), zum andern eine „Entlastung vom Druck der Assimilation“ (165), gewiss aber auch eine Engführung im Hinblick auf die legitimen Ansprüche einzelner oder das Recht zur Repräsentation, auf die hier nicht eingegangen wird. *Stefan Scheutzger* geht schließlich auf die Diskurse von Bewegungen ein, die sich zwischen Ethnie und Klasse bewegen und exemplifiziert dies besonders klar an der widersprüchlichen Er-

fahrung der „politischen Wirksamkeit des Hybriden“ (186) in Gestalt einer indigenen Bewegung, die 1981 die Lokalwahlen in Juchitán (Bundesstaat Oaxaca) gewann. Auch er sieht als Folge der neoliberalen Politik einschneidende Veränderungen, denn es „wurden gleichsam die identitätspolitischen Räume dereguliert“ (191).

Der Beitrag *Olaf Kaltmeiers* untersucht theoretisch anspruchsvoll Relevanz und Wirksamkeit unterschiedlicher Gemeinschaftskonzepte in Lateinamerika. Gegenüber der in der wissenschaftlichen Debatte verbreiteten „offene(n), prozesshafte(n) Konstruktion von Gemeinschaft ... herrscht“ in indigenen Gemeinschaften „ein essentialistisches Verständnis der andinen *comunidad* und allgemein indigener Identität vor“ (197), was vor allem auf die beständige Präsenz unterschiedlicher, teils konkurrierender Gemeinschaftskonzepte verweist. Dies wird dann anhand von indigenen Bewegungen auf lokaler, regionaler, nationaler sowie transnationaler Ebene insbesondere im Hinblick auf die sehr unterschiedlichen Diskurse und Strategien der Inklusion weiter verdeutlicht, wobei Kaltmeier sich hauptsächlich auf *Mapuche* in Chile und *indigenas* in Ecuador bezieht. Für die beiden zuletzt genannten Ebenen postuliert Kaltmeier „die Konzeption einer ent-werkten Gemeinschaft“ (213), die „offen“ auch in dem Sinne ist, dass sie „sich nicht auf prä-definierte Gruppen stützt“ und damit in der Lage ist, „auch andere, nicht spezifisch indigene subalterne Milieus im politischen Feld zu repräsentieren“ (215).

Eine ganz andere Problematik greift *Michael Knipper* auf, wenn er die Konstituierung „indianische(r) Heilkunde im politischen Raum“ (Kurztitel) untersucht. Der zentrale Aspekt dürfte sein, dass staatliche Anerkennung aus indigenen Praxen und Kosmologien Einzelaspekte herauschneidet und im Sinne einer nun ethnisch kodierten „Medizin“ im

modernen Sinne neu interpretiert und zusammensetzt. Ähnlich wie bei asiatischen (und wohl auch afrikanischen) Formen der Heilkunde werden so Wissensbestände und Verfahren gerade nicht bewahrt, sondern grundlegend verändert – was nicht bedeutet, dass dies nicht individuelle Chancen böte. Nur müssen die Heiler sich oft abseits ihrer Herkunftszusammenhänge betätigen, etwa aus dem Tiefland ins Hochland umsiedeln, um eventuell recht handfesten Einsprüchen gegen ihr Tun aus dem Wege zu gehen.

Staatliche Veranstaltungen sind ohne Zweifel auch Wahrheits- und Versöhnungskommissionen, wie sie nach schweren, mit gravierenden Menschenrechtsverletzungen verbundenen gesellschaftlichen Konflikten auch in Guatemala und Peru eingesetzt wurden. *Annika Oettler* arbeitet die großen Unterschiede der Konfliktverläufe in beiden Ländern heraus, die von den jeweiligen Kommissionen auch historiographisch im Sinne „eine(s) Narrativ(s)“ rekonstruiert wurden, „das der Geschichte Sinn verleiht“ (268) – freilich, wie deutlich wird, mit sehr uneinheitlicher Intensität. Während in Guatemala die ethnische Konnotation des Konfliktes zwischen Maya-Bauern auf der einen sowie Militär und kreolischer Elite auf der anderen Seite recht eindeutig war, konzentrierte sich die Kommissionsarbeit auf die Frage, ob es bei der Unterdrückung der Guerilla zu einem Völkermord gekommen sei, also die „Absicht“ vorgelegen habe, „die jeweilige ethnische Gruppe zu vernichten“ (265). Dies wurde schließlich in dem Sinne bejaht, dass es zu „genozidalen Handlungen“ gekommen sei, wogegen die Kommission eine „Völkermordpolitik“ im Sinne einer übergreifenden Strategie nicht glaubte nachweisen zu können (266). Obwohl in Peru die Strategie des *Sendero Luminoso* allenfalls vermittelt ethnisch konnotiert war, spielt die Exklusion der als indianisch konnotierten ländlichen Gebiete vor allem der

Anden doch eine entscheidende Rolle, wobei sich sozioökonomische und „ethnisch-kulturelle“ Ungleichheit überschneiden (274). Die Kommission fordert daher eine „doppelte Inklusion“ gegen kulturelle Diskriminierung und die „Asymmetrien des zentralistischen Systems“ (277). Auffällig, jedoch weder hier noch in dem eigens „die unsichtbaren Indios“ in Peru aufgreifenden Beitrag von *Ulrich Mücke* ernsthaft thematisiert ist die Fixierung der Auszeichnung als „Indio“ oder *indigena* an die ländliche Existenzweise, so dass die sehr nachhaltigen Urbanisierungsprozesse der letzten Jahre – leider eher implizit – zugleich gleichsam als „De-Ethnisierungsprozesse“ erscheinen müssen.

Nepal ist endlich durch *Marin Gaenzles* Analyse der Kiranti-Sprachbewegung repräsentiert, die zeigt, wie die Verknüpfung asketischer mit ethnisch-kulturellen Motiven schließlich in den staatlich-politischen Raum hineinwirkt, bis hin zur Kollaboration mit einer weitgehend diskreditierten Monarchie.

So präsentiert der Band eine Fülle von Anregungen, die zum Vergleich auch über die angesprochenen Regionalzusammenhänge geradezu herausfordern. Bedauerlich sind freilich zusammen mit verbreiteten sprachlichen Flüchtigkeiten, bei Haake mit der wohl durch englischsprachige Vorbilder bedingten Konfundierung von „legal“ und „rechtlich“ auch begriffliche Unschärfen.

*Reinhart Kößler*

Lars Buur, Steffen Jensen & Finn Stepputat (Hg.): *The Security-Development Nexus. Expressions of Sovereignty and Securitization in Southern Africa*. Uppsala: Nordiska Afrikainstitutet/Cape Town: HRSC Press 2007. 284 Seiten

Die Integrationsprozesse zwischen Entwicklungs- und Sicherheitspolitik haben sich nach

dem 11. September 2001 deutlich intensiviert – dafür stehen nicht zuletzt die Auslandseinsätze der Bundeswehr zumal in Afghanistan. Wenn auch vereinzelt hat dies eine Debatte über die Ziele von Entwicklungspolitik, wenn schon nicht über „Entwicklung“ ausgelöst. Der vorliegende Sammelband, hervorgegangen aus einem vom Dänischen Rat für Sozialforschung geförderten Netzwerk zur Untersuchung der Rolle von Verbrechen und Gewalt in Entwicklungsdenken und Entwicklungspraxis, zeigt noch sehr viel weiterreichende Dimensionen dieser Problematik auf. Das zentrale Argument läuft zunächst darauf hinaus, dass die Definition von „Sicherheit“ entscheidend dazu beiträgt, politische Prioritäten zu definieren. Die Neudefinition von „Sicherheit“ nach dem Ende der Blockkonfrontation und verstärkt nach 9/11 hat dazu geführt, dass zahlreiche Probleme einschließlich solcher, die gemeinhin der Entwicklungspolitik zugerechnet wurden, unter „Sicherheit“ subsumiert (securitised) wurden. Zugleich freilich wurde, etwa unter der Rubrik der „human security“, Sicherheit der „Entwicklung“ zugeschlagen (developmentalised). Den Herausgebern geht es nun nicht darum, einmal mehr die „internationalen Programme“ zu untersuchen, die „Post-Konflikt-Sicherheits- und Entwicklungsoperationen“ wie Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration umfassen (10f), und die vordergründig zuerst in den Blick geraten. Vielmehr entwerfen sie in ihrer gründlichen, überaus lesenswerten Einleitung einen Bezugsrahmen zur Analyse „nationaler staatlicher Praxen“ in denen der „Zusammenhang von Sicherheit und Entwicklung“ sich artikuliert und die „auf materieller wie diskursiver Ebene“ analysiert werden (11). Dabei verstehen sie im Anschluss an Foucault und Escobar „Entwicklung als Satz gouvernementaler [governance] Praktiken zur Förderung des Wohlergehens von Bevölkerungen“, während Si-

cherheit „mit wahrgenommenen Bedrohungen für das Überleben von Individuen und Staaten und mit der Anwendung außerordentlicher Mittel in Verbindung gebracht wird, diesen Bedrohungen entgegenzutreten“ (11f). Wer sich hier an Carl Schmitt gemahnt fühlt, liegt völlig richtig: Vermittelt vor allem über die Arbeiten von Giorgio Agamben bildet sein Begriff der Souveränität einen zentralen Bezugspunkt vieler Beiträge dieses Bandes, freilich nicht in Affirmation des Ausnahmezustandes, sondern in kritischer Verknüpfung mit „Biopolitik als der ursprünglichen Form der Souveränität“: Dabei erweist sich der „körperliche Ausschluss von Personen [exclusion of somebody]“ als „Gründungsmoment von politischer Macht und politischer Gemeinschaft“: „Zu definieren, wer verbessert und gefördert werden kann, und so Mitglied der politischen Gemeinschaft wird und wer als gefährlich ausgeschlossen und als unnütz ausgesetzt wird, ist ein Akt der Souveränität und macht die souveräne Macht ebenso sichtbar wie die Grenzen der politischen Gemeinschaft“ (15f). Zugehörigkeit sowie die Definition und Aufrechterhaltung von Grenzen sind daher systematisch gewalttätige Prozesse, die auch in Demokratien das „Volk“ allererst konstituieren, dem dann die Macht zugesprochen wird, während die Ausgeschlossenen zu Objekten „liberaler Unfreiheit“ (Barry Hindess) werden (16). Über der aus dieser Sicht gewiss legitimen, hier immer wieder aufgenommenen Auseinandersetzung mit diversen Formen und Prozessen der Exklusion (und verweigerten Inklusion) ist den Autorinnen und Autoren freilich die Dialektik aus den Augen geraten, dass Exklusion notwendiges Korrelat jeder Inklusion ist, weil diese Grenzziehung zur unverzichtbaren Voraussetzung hat und der Begriff der Grenze immer sowohl das Einwie das Ausgeschlossene umfasst. So viel jedenfalls wäre bei Luhmann zu lernen. Diese

Logik der Gemeinschaftsbildung gilt auch für die „verschwommene Zone“ nicht-staatlichen Handelns (18), in der nicht nur NGOs anzutreffen sind, sondern so „zweilichtige Institutionen“ wie Vigilantengruppen oder „Mob-Formationen“, aber auch zumal im südlichen Afrika „traditionale Autoritäten“. Wenn auch in unterschiedlicher Weise berufen sie sich sämtlich auf eine „moralische Gemeinschaft“, die sie zu repräsentieren und zu verteidigen beanspruchen (19). Die damit einhergehenden Neuordnungsprozesse sind „Geburtsheifer der Gemeinschaft“ (21) und schaffen zugleich Ordnungen, die eine „spezifische Ästhetik“ (England) verordnen, in deren Formen Ansprüche artikuliert werden, während Abweichungen Sanktionen dergestalt nach sich ziehen können, dass ihre Subjekte „die Körper werden, in die Souveränität eingeschrieben wird“ (23). Dies hat auch Folgen für die Definition des Verbrechens, zumal die Herausgeber im Anschluss an Pierre Bourdieu und Loïc Wacquant sowie Mark Duffield (vgl. *Peripherie* 85/86) darauf verweisen, dass „neoliberale orthodoxe Positionen zu Sicherheit“ (25) nicht nur ihr Objekt nach Süden und damit die Position der Alterität verschoben, sondern zusehends Armut kriminalisiert haben: „als Drogenhändler, Menschen mit AIDS, Terroristen, aber auch illegale Migranten und politische Gegner“ (26). Dies verknüpft sich schließlich mit staatlichen Praxen der Counter-Insurgency sowie der „Überwachung der inneren Grenze“, deren Voraussetzung das „Lesbarmachen von Gemeinschaften“ (28) ist. Diese Praxen sind ihrerseits Erbe des kolonialen, im südlichen Afrika speziell auch des Apartheidsstaates einschließlich seines Einsatzes der Armee für Aufgaben der „Entwicklung“. Solche Kontinuitäten sollten freilich nicht den Blick dafür verstellen, dass die Verwandlung von „Subjekten der Entwicklung in Objekte der Sicherheit“ durchaus Folge

„besonders wohlmeinender staatlicher Kampagnen“ sein kann – etwa im Rahmen von Demobilisierung von Befreiungsarmeen oder der Sanierung innerstädtischer Distrikte (32).

Wenn die Herausgeber abschließend für die stärkere Berücksichtigung der Art und Weise plädieren, „wie diejenige, die verletzt und ausgeschlossen wurden ... ihre Ansprüche auf Lebensmöglichkeiten [livelihoods], Sicherheit und Zugehörigkeit neu bestimmen“ (33), so kann gesagt werden, dass eine solche Perspektive der Akteure von unten durchaus in einigen der Beiträge des Bandes präsent ist. Dies gilt für die wechselnden Strategien, mit denen ausgeschlossene und vertriebene interne Migranten im Nordosten Zimbabwes wenigstens vorübergehend erfolgreich eine Rückkehr auf ihre Felder erreichten, obwohl sie, wie *Amanda Hammar* zeigt, letztlich den Folgen der Ethnisierung des Zugangs zu Land ebenso wenig widerstehen konnten, wie der Kriminalisierung, mit der das Zanu (PF)-Regime seit Mitte der 1990er Jahre zunehmend gegen Oppositionsströmungen vorging. Dies gilt ebenso für unterschiedliche Formen des Widerstands – und deren problematische Verknüpfung –, die im Zentrum von Johannesburg der Vertreibung Armer, im informellen Sektor Tätiger, aber auch undokumentierter Migranten im Kontext des Transformations- und Durchführungplans „Igoli 2002“ entgegengesetzt wurden und, wie *Jacob Rasmussen* zeigt, unterschiedliche Definitionen des „Volkes“ auf den Plan riefen, in dessen Namen und Interesse die vom ANC gestellte Stadtverwaltung zu arbeiten beanspruchte und an das der ANC bei den anschließenden Wahlen durchaus erfolgreich appellierte. Dies gilt auch für die unterschiedlichen Chancen ausgeschlossener Frauen, Jugendlicher und Migranten in Nkomazi, einem entlegenen Teil des zwischen Moçambique und Swaziland gelegenen ehemaligen südafrikanischen Homeland

KaNgwane, die *Steffen Jensen* darstellt: Während die drastische Aktion von der Landzuteilung ausgeschlossener Frauen, nackt gegen ihre Diskriminierung durch die traditionellen Behörden zu protestieren, ebenso kriminalisiert wurde wie die moçambiquanischen Migranten, konnten junge Männer trotz der auch gegen sie routinemäßig ausgeübten Gewalt in bestimmten Situationen gegen die gerontokratischen traditionellen Führer eigene Machtansprüche geltend machen. Dies gilt schließlich auch für ehemalige Kämpfer der Befreiungsarmee PLAN in Namibia. *Lalli Metsola* und *Henning Melber* zeigen, dass sie nicht zuletzt durch die persönliche Konfrontation mit ihren zu Exponenten der Staatsmacht transformierten ehemaligen Kommandanten ihre begrenzte, wie sich in der Zwischenzeit, d.h. im Verlauf des zweiten Halbjahres 2006 gezeigt hat, freilich keineswegs endgültige Inklusion in Form staatlicher Patronage erzwangen.

Alle diese Prozesse sind durch die beständige (Neu-)Definition von Gemeinschaftszusammenhängen und ihren Grenzen wesentlich bestimmt. Dies betrifft nationalstaatlich abgegrenzte ebenso wie subnationale Gemeinschaften. Aus anderer Sicht kommt diese Problematik in der Auseinandersetzung von ANC-Kadern mit dem Widerstand gegen die Erzwingung der Bezahlung städtischer Gebühren in *townships* von Johannesburg zum Ausdruck. Wie *Lars Buur* feststellte, bietet sich diesen Parteivertretern allein das in dieser Region auf die *township*-Kämpfe der 1980er und frühen 1990er Jahre zurückgehende Register des Verrats und der Subversion an um zu erklären, dass ihrerseits altgediente Kader des ANC und der United Democratic Front (UDF) Partei für die neuen, gegen die Maßnahmen der ANC-Regierung gerichteten Basisbewegungen ergriffen haben und dass diese ferner mit Kampfformen auftreten, die sich unmittelbar auf die

Kämpfe gegen das Apartheidsregime während der 1980er Jahre beziehen. Es zeigt sich, dass auch aktuelle Konflikte von allen Beteiligten nach wie vor mit dem Bezugsrahmen jener säkularen Konfrontation kodiert werden. Zugleich unterstreichen die hier zum Ausdruck kommenden Reflexe der Grenzziehung, dass die Übersetzung von Konflikt und Dissens in *Diversion* im südlichen Afrika keineswegs eine Spezialität der für ihren Dogmatismus häufig kritisierten Zanu (PF) in Zimbabwe oder von Swapo in Namibia ist. Eine ganz ähnliche Grunddisposition deckt *Helene Maria Kyed* in den ehemaligen „Zonen der Verwirrung“ in Moçambique auf, wo die von Südafrika gegen das Frelimo-Regime lancierte Renamo während der 1980er Jahre bis zur Beendigung des Bürgerkrieges große Erfolge erzielt hatte. Die Massenmobilisierung zur polizeilichen Kontrolle in einer Region, wo der Zugriff der Zentralregierung in Maputo noch wenig gefestigt war sowie die Neukonstituierung traditionaler Führungsstrukturen brachte auch hier eine Gleichsetzung zwischen Kriminalität und politischer Abweichung hervor. Aus ganz anderer Perspektive, nämlich mit der Thematisierung genderspezifischer Gewalt und genderbezogener Rechte greift *Tina Sideris* die Auseinandersetzung um Identitätskonstruktionen auf und belegt nicht nur die anhaltende Gewaltförmigkeit der Geschlechterbeziehungen in Südafrika und die Legitimierung solcher Gewalt aus traditionellen Bezügen, sondern zugleich auch die Ambivalenz der Anerkennung von Gleichheit und der damit einhergehenden Stigmatisierung von Diskriminierung durch die Verfassung.

Sicherheit richtet sich schließlich auch nach außen. *Thomas Mandrup Jørgensen* zeigt die Ambivalenzen der südafrikanischen Beteiligung an der UN-Mission im Kongo auf. Die herrschende Definition regionaler Sicherheit weist dem demokratischen Süd-

afrika Verantwortung als Hegemonialmacht zu, überdehnt zugleich aber seine militärischen Fähigkeiten in einer Situation, in der die Armee nach wie vor Sicherheitsaufgaben im Inneren übernimmt. Wie bereits angedeutet, beziehen sich diese Aufgaben zu wesentlichen Teilen auf Kriminalität und illegale Migration. *Steffen Jensen* und *Lars Buur* untersuchen die Folgen, die der Neugründungsakt der Nation mit dem demokratischen Übergang 1994 für Migranten hatte. Dabei stellen sie die internen Arbeitsmigranten, die am Witwatersrand als Anhänger der weitgehend bei Zulu verankerten Inkatha-Partei eine herausragende Rolle bei den Gewaltausbrüchen der frühen 1990er Jahre gespielt hatten, illegalen Migranten gegenüber, die in der Tradition der über ein Jahrhundert währenden Arbeitskräfterekrutierung für die südafrikanische Minenindustrie und Landwirtschaft aus der gesamten Großregion einschließlich vor allem des südlichen Moçambique stehen. Waren die Inkatha-Anhänger durch den Gründungsakt 1994 in die erstmals alle im Lande Geborenen umfassende Staatsbürgerschaft eingeschlossen und konnte der Konflikt zwischen ihnen und den *township*-Bewohnern vor diesem Hintergrund abgemildert werden, sahen sich die ausländischen Migranten erstmals auch gegenüber den anderen Schwarzen in Südafrika exkludiert und zudem einer Welle der Xenophobie ausgesetzt, die Jensen und Buur genau mit dem nie dagewesenen Ausmaß der Inklusion durch die Neugründung und der erstmaligen Anerkennung demokratischer Rechte für alle Staatsangehörigen in Verbindung bringen.

Insgesamt kann dieser Band so mit seinen in einer ganzen Reihe von Dimensionen anregenden Beiträgen durchaus als so etwas wie Pflichtlektüre für ein kritisches und aktualitätsbezogenes Verständnis des Problemfeldes bezeichnet werden, das die Nation als Projekt und – um mit Tilman

Schiel zu sprechen – als Super-Gemeinschaft mit Fragen der Sicherheit und Entwicklung verknüpft. Diese Problematik hat Geltung weit über die Region des südlichen Afrika hinaus, und so gesehen darf auch dieser Sammelband überregionales Interesse beanspruchen.

*Reinhard Kößler*

Hansjörg Gutberger: *Bevölkerung, Ungleichheit, Auslese*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2006. viii+199 Seiten

Dem seit den 1980er Jahren verstärkten Einsetzen der Aufarbeitung der Bevölkerungswissenschaft in der deutschen Zeitgeschichte fügt Hansjörg Gutberger neue Betrachtungsweisen und detaillierte Untersuchungsergebnisse hinzu. Zugleich wird der Blick für zahlreiche Forschungsdesiderate eröffnet. Seine zur Wissenschaftsgeschichte sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsforschung entstand im Rahmen des seit 2001 arbeitenden DFG-Schwerpunktprogramms „Ursprünge, Arten und Folgen des Konstruks ‘Bevölkerung’ vor, im und nach dem Dritten Reich“. Der gewählte Untersuchungszeitraum umfasst die Zeit zwischen 1930 und 1950 für Betrachtungen zur sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsforschung, einer Disziplin, die in dieser Zeit gerade erst Konturen gewann. Vorhandene Untersuchungen beschränkten sich bisher weitgehend auf die „ältere“ Geschichte der Bevölkerungswissenschaft oder beschreiben ihre Entwicklung auf internationaler Ebene (Mackensen 2002: 32). Gutbergers Erkenntnisinteresse zielt auf die Betrachtung der Verflechtungen von Bevölkerungsentwicklung und Sozialstruktur, um herauszufinden wie soziale Ungleichheit „in der zeitgenössischen Bevölkerungswissenschaft wahrgenommen“ wurde (S. 3). Dafür zieht er eine anschauliche Heuristik heran, die es erlaubt die

soziologischen von den demographischen Themenspektren innerhalb der sozialwissenschaftlichen Bevölkerungswissenschaft analytisch voneinander zu unterscheiden (S. 26). Somit steht aus soziologischer Sicht die differenzielle Fruchtbarkeit (demographisch) mit den sozialökonomischen Wandlungen und sozialen Umschichtungsprozessen (soziologisch) im Zusammenhang (S. 23).

Aus dem breiten Forschungsspektrum sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsforschung in der Zeit von 1930 bis 1950 wählt Gutberger fünf Wissenschaftsstandorte (Kiel, München/Berlin, Frankfurt, Leipzig, Breslau) aus, die er titulierte: Leipziger Bevölkerungsforschung, Frankfurter (Sozial-)Statistik, Kieler Demographie, die Gruppe um Friedrich Burgdörfer im Statistischen Reichsamt (Berlin) bzw. im Bayerischen Statistischen Landesamt und die Breslauer Sozialanthropologen. Die Entscheidung für vorliegende Auswahl begründet Gutberger damit, dass einerseits in diesen „Denkstilen“ die soziale Seite der Bevölkerungsvorgänge untersucht wurde und andererseits, dass es sich bei untersuchten Forscherpersönlichkeiten um der Soziologie nahe stehenden Wissenschaftlern handelte (S. 6). Feinanalysen der von prominenten Fachvertretern verfassten wissenschaftlichen Publikationen sollen sodann die Ungleichheitsproblematiken aufscheinen lassen (S. 27-28). Methodisch ist seine „Denkstilanalyse“ auf die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv von Ludwik Fleck (Fleck 1980) gegründet, wonach die einzelnen Titel in vorliegender Auswahl jeweils einen eigenen und eigentümlichen „Denkstil“ sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsforschung bezeichnen sollen (S. 17). Den fünf „Denkstilanalysen“ ist jeweils ein eigener Buchabschnitt gewidmet. Das letzte Kapitel seiner Studie bietet eine Gesamtschau aller untersuchten „Denkstile“ an. So folgert Gutberger, dass es einen einheitlichen „Denkstil“ für die



gesamte sozialwissenschaftliche Bevölkerungsforschung nicht gab. Vielmehr konstatiert er für die Periode des Nationalsozialismus: „erst die Aufnahme sozialer Unterscheidungsmerkmale zwischen Subpopulationen versprach die Steuerungsfähigkeit des Staates auf die demographische Entwicklung zu erhöhen“ (S. 157). Nach 1945 ging es der Bevölkerungsforschung primär darum, „etwas über die Bedeutung demographischer Vorgänge für den Erneuerungsprozess der Gesellschaft zu erfahren“ (a.a.O.). Jedoch, schließt Gutberger, waren sich die Vertreter untersuchter Disziplin weitgehend darin einig „Gesellschaft“ in vertikalen Kategorien zu denken und verwendetes NS-Rassenvokabular diente dazu, „Grenzen und Statusunterschiede als ‘natürliche’ Hierarchien auszuweisen“ (S. 166). Allesamt Strategien, die der sozialen Ungleichheit Legitimation verschaffen sollten, nicht zuletzt um sozialtechnisch oder regulativ eingreifen zu können (a.a.O.). Als das wichtige Anwendungsfeld sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsforschung nennt Gutberger die politische Steuerung der Berufswahl in der Verschränkung mit Bildung (S. 167).

Da Flecks wissenschaftshistorische Denkstilanalyse am Beispiel der Medizingeschichte gewonnen wurde, erscheint deren Nutzenanwendung auf den Bereich sozialwissenschaftlicher Bevölkerungsforschung als nicht überzeugend. Dem Ziel der Medizin, Pathologien und Möglichkeiten ihrer Beherrschung zu erforschen, steht das am Beispiel der Naturwissenschaften erhobene Ziel der Sozialwissenschaften gegenüber, Regelmäßigkeiten oder wenigstens möglichst „wahre“ Realitätsabbildungen und Erklärungen zu gewinnen. Nichtsdestotrotz gründet Gutberger die sozialwissenschaftliche Bevölkerungswissenschaft auf medizinisch-biologische bzw. naturwissenschaftlich-medizinische Konzeptionen (S.

19). In einem derartigen Kontext würde dem Sozialwissenschaftler die Diagnose sozialer Pathologien obliegen und gegebenenfalls deren Behebung – mögliche sozialtechnische Umsetzungen klammert Gutberger jedoch explizit aus (S. v); gleichfalls müsste von einer unterstellten Homologie zwischen dem medizinischen Körper und einem sozialpolitischen Volkskörper ausgegangen werden. Bedenklich in Gutbergers Vorgehen ist, ob der darwinistische Begriff der Gattung für die Bevölkerungswissenschaft gleichermaßen von Bedeutung ist wie für die Biologie (S. 18) oder ob es statthaft ist, der sozialwissenschaftlichen Bevölkerungswissenschaft *per se* einen sozialbiologischen bzw. sozialhygienischen Begriffsapparat für den Untersuchungszeitraum zu unterstellen (S. 19). Unbestritten bleibt jedenfalls die Tatsache, dass sich die Bevölkerungswissenschaften mitunter an der Schnittstelle zwischen Soziologie, Biologie und *Life Sciences* bewegen.

Gutberger untersucht in seiner Studie mehrfach akademische Vertreter der Sozialanthropologie – Karl V. Müller, Hans W. Jürgens, „Breslauer Schule“ – obwohl bei ihnen kein vermittelter Zusammenhang zur „rein“ sozialwissenschaftlichen Bevölkerungsforschung besteht. Vielmehr, so scheint es, intendiert Gutberger damit die sozialwissenschaftliche Bevölkerungsforschung von der Sozialanthropologie abzusetzen stehen doch die von Gutberger vorgestellten Sozialanthropologen exemplarisch für ein sozialgestalterisches und regulativ eingreifendes Wissenschaftsverständnis. Beispielsweise begründet Gutberger die Einbeziehung des „Sozialtechnologen“ (S. 78) K.V. Müllers zum Leipziger „Denkstil“ damit, weil ihm ein Vergleich von Müllers Forschungsarbeit mit der Gruppe um Gunther Ipsen und Hans Freyer reizvoll erscheint (S. 75-76). Als rechter Sozialdemokrat stand Müller der Konser-

vativen Revolution fern und war Freyer und Ipsen auch nicht begegnet (S. 74). Die Unterscheidung der „Breslauer Schule“ – Ilse Schwidetzky und Egon Freiherr von Eickstedt – von den anderen sozialwissenschaftlichen „Denkstilen“ liegt in deren Verwendung einer Rasseterminologie begründet (S. 149). Die beiden Sozialanthropologen v. Eickstedt und Schwidetzky intendierten auf der Grundlage eines statischen und ständisch-*aristokratischen* Gesellschaftsbildes, die Bevölkerungsbewegungen administrativ zu beeinflussen (S. 149, 163). Der Sozialanthropologe Jürgens stand mit seinen Arbeiten ganz in der Tradition von K.V. Müllers Begabungsforschungen und der Breslauer Schule (S. 148), berichtet Gutberger. Weil Jürgens durch Gerhard Mackenroth und Karl M. Bolte mit bevölkerungswissenschaftlichen Problemen in Berührung kam (S. 148), begründet Gutberger seine Zurechnung zur „Kieler Demographie“ milieubedingt.

Auf das Spektrum der Gutberger'schen Darstellung von fünf eigenständigen Denkstilen soll hier nicht rekuriert werden. Diese Breite an Themen und Inhalten, begründet auf und veranschaulicht durch kollektive Denkstile, lässt jedoch besonders am Beispiel der „Frankfurter (Sozial-)Statistik“ Forschungsdesiderate erkennen. Allein um den Frankfurter Professor für Statistik Paul Flaskämper konstruiert Gutberger einen eigenständigen Denkstil. Flaskämpers Konzeption der Bevölkerungsstatistik als einer „Lehre von den sozialen Schichten und den Beziehungen zwischen ihnen, eine[r] Disziplin, die mit der Soziologie verwandt oder teilweise sogar identisch ist“ (S. 47), hat bereits sein Vorgänger auf dem Lehrstuhl für Statistik Franz Žižek vorgegeben. Žižek sah in der Bevölkerungsstatistik das verbindende Element zwischen soziologischer und statistischer Forschung (Žižek 1912: 4).

Größte Aufmerksamkeit schenkt Gutberger in seiner Untersuchung der „Kieler Demographie“, obgleich deren Konstituierung eher milieubedingt als denkstilbegründet erscheint. Obwohl Josef Ehmer bereits auf einige zentrale Kontinuitäten in der Bevölkerungslehre Gerhard Mackenroths mit dem Ipsen'schen Entwurf der Bevölkerungslehre hinwies (Ehmer 1992/93: 66), konstruiert Gutberger eine davon unabhängige „Kieler Demographie“ um Mackenroth, Theodor Geiger und Rudolf Heberle. Für Gutberger ist die Problematik der sozialen Zirkulation in den sozialen Schichten denkstilprägend (S. 120), die er bei Mackenroth und Geiger auffindet und die besagt, dass hierarchische Schichten mit unterschiedlichen Geburtenverhältnissen sich gegenseitig ergänzen (S. 120) (können). Diese Tatsache macht aus Geiger, der anfangs Soziologie in Braunschweig lehrte und 1933 emigrierte, jedoch noch keinen „Kieler Soziologen“, wie Gutberger anführt (S. 122). Heberle hingegen beschäftigte sich nicht mit Problemen der sozialen Zirkulation, sondern versuchte Migration und demographische Prozesse über die Verhaltensweisen Einzelner zu erklären (S. 165). Neben seinem wissenschaftlichen Erkenntnisinteresse, eine „systematisch soziologisch-ökonomische Lehre von den Wanderungen“ (S. 130) anzufertigen, bot er seine Tatsachenanalyse auch für eine eventuelle Steuerung der Berufswahl bzw. einer ökonomisch orientierten Lenkung des Arbeitseinsatzes an (S. 130-131) (Heberle 1937). Nach Gutberger stimmten die drei genannten Protagonisten des Kieler „Denkstils“ darin überein, dass sie Schichten als autogenetisch, d.h. sich selbst erzeugend und nicht subsumptiv also weitestgehend hierarchisch geordnet verstanden wissen wollten (S. 163). Zum Kieler „Denkstil“ rechnet Gutberger außerdem noch, wie er sie nennt, die Heberle und Mackenroth

Schülerin Hilde Wander (S. 146). Allerdings müsste noch näher untersucht werden, inwiefern zwischen Wander und Heberle ein ausgeprägtes Lehrer-Schülerin-Verhältnis bestand; Wander war 1938 zum Zeitpunkt als Heberle emigrierte 23 Jahre alt und schloß 1944 ihre Dissertation ab.

Die sehr in die breite gehende Studie zeigt einerseits das weite Feld sozialwissenschaftlicher Beschäftigung mit Bevölkerungsproblemen vor, im und nach dem „Dritten Reich“; andererseits konnte diese Breite nur zugunsten eines teilweise unzureichenden Tiefenblicks erkauft werden, was darauf verweist, dass noch einige Arbeit geleistet werden müsste, um zu einem zufriedenstellenden Bild (sozialwissenschaftlicher) Bevölkerungsforschung im 20. Jahrhundert zu gelangen. Hansjörg Gutberger ist auf diesem Weg ein Stück weit fortgeschritten und hat zahlreiche Ansätze für weitergehende Forschungen gegeben.

Michael Engberding

### Literatur

- Ehmer, Josef 1992/93: „Eine deutsche Bevölkerungsgeschichte?“ In: *Demographische Informationen*. S. 60-70.
- Fleck, Ludwik 1980: *Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Einführung in die Lehre vom Denkstil und Denkkollektiv*. Frankfurt a.M.
- Heberle, Rudolf; & Fritz Meyer 1937: *Die Großstädte im Strome der Binnenwanderung*. Leipzig.
- Mackensen, Rainer 2002: „Ursprünge, Arten und Folgen des Konstrukts ‘Bevölkerung’ vor dem ‘Dritten Reich’“. In: Rainer Mackensen (Hg.): *Bevölkerungslehre und Bevölkerungspolitik vor 1933*. Opladen, S. 27-38.
- Žizek, Franz 1912: *Soziologie und Statistik*. Leipzig.

Christoph Jacke, Eva Kimminich & Siegfried J. Schmidt (Hg.): *Kulturschutt. Über das Recycling von Theorien und Kulturen*. Bielefeld: transcript Verlag 2006. 361 Seiten

Der Grundgedanke des Buches ist einleuchtend: Die über Jahrhunderte hinweg in einer Gesellschaft aufgehäuften und abgelagerten Symbolkonfigurationen (der „Kulturschutt“ also) werden einerseits genutzt, um die „Aufrechterhaltung ihrer (meist hierarchischen) Strukturen“ zu gewährleisten – Mittel der Wahl ist die „korrekte“ bzw. „sinngemäße“ Übernahme oder Anwendung („re-use“). Sie können andererseits auch der Infragestellung dieser Strukturen etwa durch Subkulturen dienen – insbesondere durch „Um- oder Neukodierungen bzw. Umstrukturierungen und Rekontextualisierungen (‘recycling’)“ (11).

Die Autor(in)nen bescheiden sich allerdings nicht damit, diese Ausgangsidee genauer auszuarbeiten und durch Fallstudien zu veranschaulichen. Sie halten es für erforderlich, sie in die gesellschaftstheoretische Grundlagendiskussion einzubinden. Den Rahmen dafür liefert ihnen das (in einer Vielzahl von Arbeiten ausformulierte) Kulturkonzept des altverdienten Konstruktivistin Siegfried J. Schmidt. Begründet wird diese Ausrichtung in dem für den „Grundlagen“-Teil des Buches zentralen Beitrag von Eva Kimminich mit einem Rekurs auf die Begriffsgeschichte der zusammengehörigen Kategorien Jugend, Jugendkultur und Kultur. Von einem einheitlichen Begriff „der“ Jugend bzw. „des“ Jugendlichen ist demnach erst ab dem späten 19. Jh. überhaupt die Rede; und dieser ist überwiegend negativ konnotiert, meint vor allem gefährdete oder missratene Kinder (Söhne) der Arbeiterklasse. Eine teilweise Umwertung wird um die Jahrhundertwende erreicht in der Kulturkri-

tik von Nietzsche, Cassirer und Simmel, wo „Jugend“ als „kulturschöpfend“ erkannt, „Verjüngung der Kultur“ und „Jugendlichkeit“ zu Leitwerten erhoben wurden. Neue theoretische Akzente wurden dann wieder durch die Jugendkulturforschung der 1950er Jahre gesetzt, welche Jugendkulturen als (ziemlich nutzlose) Alternativ-, Gegen- oder Übergangskulturen versteht. Den nächsten Fortschritt markieren die „Cultural Studies“ in England, welche „‘Kultur’ in eine Vielfalt von – zumindest in der Betrachtung – gleichberechtigte Spezialkulturen, kulturelle Praktiken, Stile oder Szenen“ aufbrechen (40). Den Gipfelpunkt, in dem diese ganze Entwicklung kulminiert, bildet schließlich Schmidts Definition der Kultur, nach der diese verstanden wird als „Programm der gesellschaftlich praktizierten bzw. erwarteten Bezugnahmen auf Wirklichkeitsmodelle, also auf Kategorien und semantische Differenzierungen, ihrer (sic) affektiven Besetzung und moralischen Gewichtung bzw. das Programm der zulässigen Orientierungen im und am Wirklichkeitsmodell einer Gesellschaft“ (41; vgl. auch 21 ff). Uff. Was soll ich damit anfangen? Die ganze Geschichte wird so präsentiert, als müsse „Kultur“ um der Definition selbst willen definiert werden, als ginge es dabei um Erkenntnis und nicht um eine bloße Regelung des Sprachgebrauchs – deren Nutzen sich alleine in den Aussagen zeigt, die mit ihrer Hilfe möglich sind. In Aussagen benutzt aber wird die Definition in dem gesamten Buch nicht, insbesondere in keiner der vielen Fallstudien zu Alternativ- und Jugendkulturen – obwohl die große Mehrzahl der Autor(in)nen Schmidt pflichtschuldigst zitiert. Mir erschien es sinnvoller, mit dem Begriff der Kultur umzugehen wie Wittgenstein mit dem der Sprache: „Statt etwas anzugeben, was allem, was wir Sprache nennen, gemeinsam ist, sage ich, es ist diesen Erscheinungen gar nicht Eines gemeinsam,

... sondern sie sind in vielen verschiedenen Weisen *verwandt*. Und dieser Verwandtschaft ... wegen nennen wir sie alle ‘Sprachen’“ (L. Wittgenstein, Philosophische Untersuchungen. Frankfurt/Main 1977, 56).

So oder so – vor einem müsste die bloße Bezugnahme auf Schmidts Definition, so sollte man meinen, doch aber wenigstens schützen: vor einem substanzialistischen Gebrauch des Kulturkonzepts – den Schmidt wie Kimminich mit großem Nachdruck ablehnen. Und dann redet Kimminich ganz unbefangen vom „Organismus Kultur“ (49), der einem „natürlichen Alterungsprozess“ unterliege, und dem nur durch „Recyclingprozesse 2. Ordnung“ (solchen die vom Subjekt bzw. von den alternativen Subkulturen, und nicht vom System ausgehen) „neues kulturelles Leben“ (48) eingehaucht werden könne. Zwar ist ihr klar, dass diese Argumentation nur in einem metaphorischen Diskurs Sinn macht; aber es ist eben der der *guten* Metapher, der des Subjekts, der Alternativkulturen, des Humus, der nährstoffreichen Biomasse usw., und nicht der der schlechten, der der Systemerhaltung und es ist der für den Tenor der Argumentation in der Mehrzahl der Beiträge bestimmende. Über die Gefahren der Organismus-Analogie – etwa die, dass sie sich vortrefflich als Exklusionsinstrument eignet: was nicht dazu dient, dem „Organismus Kultur“ „neues kulturelles Leben“ einzuhauchen, hat dann auch keine Existenzberechtigung mehr – macht sich keine(r) der Autor(in)nen Gedanken.

Auf sämtliche Einzelbeiträge des Sammelbandes einzugehen, würde den Rahmen einer Rezension sprengen. Aus dem mit „Grundlagen“ überschriebenen Teil des Buches möchte ich als Positivbeispiel den Artikel von Mark Terkessidis „Dezentrierte Forscher und selbstreflexive Gegenstände. Zur Kritik der Cultural Studies in Deutschland“ herausheben. Der Autor beklagt, dass sich die

deutschen Vertreter der Cultural Studies zwar die Themen – Jugendkulturen und Medien-nutzung v.a. – von ihren angelsächsischen Vorbildern vorgeben ließen, dass sie aber anders als jene diese Themen mit einer Distanz zu analysieren pflegten, welche jedes ernsthafte Verständnis ausschließe. Um zu verstehen, was etwa in einer HipHop-Gemeinschaft abläuft, müsste der Forscher versuchen, zumindest temporär nachzuvollziehen, was die Mitglieder selbst an ihren Aktivitäten so fasziniert – das eben hieße „verstehen“. Dieses Bemühen – und selbst das, die eigene Haltung zum jeweiligen Thema zu reflektieren – vermisst Terkessidis in den deutschen Cultural Studies, weshalb diese zu einer schrecklich trockenen und hölzernen Angelegenheit würden. Wenig gelungen erscheint mir in diesem Teil des Buches dagegen der Essay „Kulturtheorie und Müll-metapher“ von Sebastian Jünger – in meinen Augen nichts als bedeutungsschwer sich gebende Wortkaskaden, deren Bedeutung sich mir jedenfalls nicht erschließt.

Ähnlich in dem mit „Case Studies“ überschriebenen Teil die Polemik „Theater-deponien“ von Jörg van der Horst. Am besten gefallen hat mir in diesem Teil der die Kritik von Terkessidis souverän unterlaufende Beitrag „Sampling: eine moderne Kulturtechnik“ von Jochen Bonz. Dessen Grundunterscheidung ist die zwischen Zitat und Sampling. Das Zitat, wie es (nach Diederichsen) für die kritische Popmusik der frühen achtziger Jahre charakteristisch war, fügt nicht zusammen passende Bruchstücke der basalen Kultur zusammen und greift diese damit an – aber was sie zitiert, zitiert sie „im Modus der Verantwortung für das Zitierte“ (338). Anders beim Sampling, welches in den neunziger Jahren Einzug hält. Was hier in die Musik hineinkopiert wird, ist Fremdes, „Außermusikalisches oder ‘Andersmusikalisches‘“ (339), das

zwar durchaus verstanden wird (Straßen-geräusche z.B.), aber musikalisch dennoch fremd bleibt, nicht im „Modus der Verantwortung“ übernommen wird. – Als ethnographische Feldstudien über Lebenswelten, von denen ich wenig wusste, fand ich die Beiträge von Angela Tillmann & Ralf Vollbrecht über die virtuelle (Teenager-)Gemeinschaft von LizzyNet, von Joachim Knappe über „Virtualität und VIVA-Video World“ und von Birgit Richard über Gothic Punks sehr informativ. Aber das ist natürlich eine ziemlich subjektive Auswahl. Lesenswert sind (hier wie im ersten Teil) noch einige Beiträge – am lesenswertesten die, die sich von der Schmidt/Kimminichschen Begriffsakrobatik am weitesten entfernt halten.

*Gerhard Hauck*

*Eritrea Abroad: Critical Perspectives on the Global Diaspora.* Eritrean Studies Review – Bd. 4, Nr. 2, Trenton USA: Red Sea Press 2005, 265 Seiten

Die seit Anfang der 1990er Jahre in unregelmäßigen Abständen in den USA erscheinende Zeitschrift ist die einzige, die wissenschaftliche Arbeiten zu den verschiedensten Themen bündelt, die dieses wissenschaftlich und publizistisch wenig beachtete Land am Roten Meer behandeln. Die Ende 2005 erschienene Sonderausgabe ist ausschließlich der weltweiten eritreischen Diaspora gewidmet, die von den zehn AutorInnen unter verschiedenen Blickwinkeln betrachtet wird. Der 265 Seiten starke Band ist die Frucht jahrelanger Forschungen und Diskussionen. Geboren wurde die Idee während der ersten internationalen Tagung der *Eritrean Studies Association*, die im Juli 2001 in Asmara stattfand, zu einer Zeit, als nach dem Ende des unseligen sogenannten Grenzkriegs zwischen Eritrea und Äthiopien für zwei Monate Hoffnung auf eine demokratische, friedliche und

weltoffene Zukunft bestand und die es ermöglichte, dass eine „starke intellektuelle Befruchtung ... zwischen EritreerInnen im Land und im Exil“ stattfand. Die beiden Gastgeberinnen, Tricia Redeker Hepner (USA) und Bettina Conrad (Deutschland), die sich bereits seit Jahren mit dem Thema beschäftigten, verfolgten die Idee weiter bis zur Tagung der *African Studies Association* 2004 in New Orleans, wo über Beiträge und AutorInnen entschieden wurde.

Der Zeitpunkt des Beginns einer eritreischen Diaspora dürfte schwer zu bestimmen sein. Lag er in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als es die ersten Eritreer und Eritreerinnen – meist im Gefolge von Missionaren und Forschern – nach Europa verschlug, denen der anschauliche und kenntnisreiche Beitrag von Wolbert G.C. Schmidt gewidmet ist? Oder sind die eritreischen Askaris der italienischen Kolonialmacht und später die Studenten, die ab 1940 nach Europa, aber vor allem nach Ägypten gingen und unter dem Druck der politischen Ereignisse dort blieben, die ersten eritreischen Auswanderer? Endgültig die Heimat zu verlassen und in einem fremden Land zu leben, macht aber noch keine Diaspora aus. Ganz sicher weisen die zahlreichen Handwerker und Arbeiter, die während der britischen Mandatszeit und der darauffolgenden Annektierung durch Äthiopien nach Äthiopien zogen, als erste die typischen Charakteristika einer Migrantengemeinde auf, was auch in dem Spitznamen „Amice“ (nach der Abkürzung AMC des Fiat-Montagewerks, in dem viele von ihnen Arbeit fanden), mit dem sie von den autochthonen Eritreern bezeichnet werden, zum Ausdruck kommt. Leider kommen sie in dem vorliegenden Band nicht vor, vielleicht weil sie Jahrzehnte lang als Äthiopier galten und sich oft auch als solche fühlten. Die brutale äthiopische Repression als Antwort auf den Unabhängigkeitskrieg Mit-

te der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts löste mehrere Fluchtwellen aus, zuerst aus dem westlichen Tiefland, später auch aus dem Hochland und der Küstenregion. Die meisten der zwischen 750.000 und eine Million Flüchtlinge – vor allem aus dem Tiefland – landeten aus sudanesischen Flüchtlingslagern, anderen gelang die Flucht nach Europa, USA und Australien. Viele fassten in Saudi-Arabien und anderen Ländern des Mittleren Ostens Fuß, wo heute ungefähr die Hälfte der AuslandseritreerInnen lebt. Die andere Hälfte verteilt sich auf USA, Europa und Australien. Die Gesamtzahl der im Ausland lebenden EritreerInnen ist nicht bekannt, nach Regierungsangaben sind es zwischen 750.000 und einer Million – das sind ca. ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Andere Schätzungen geben höhere Zahlen an.

Nach dem siegreichen Ende des Befreiungskampfes rechnete sowohl die Regierung des unabhängigen Eritreas als auch die internationale Öffentlichkeit mit einer massiven Rückkehr ehemaliger Flüchtlinge. Tatsächlich betrachtete die überwiegende Mehrheit der eritreischen Flüchtlinge ihren Aufenthalt in der Fremde als vorübergehendes Exil. Trotzdem kehrten weniger zurück als erwartet, unter ihnen ca. die Hälfte der Flüchtlinge in sudanesischen Lagern – teilweise im Rahmen eines großen Repatriierungsprogramms des UNHCR – und eine vergleichsweise kleine Anzahl aus den westlichen Ländern. Weit mehr haben in der Folge des Krieges mit Äthiopien von 1998-2000 und der zunehmenden Repression seit 2001 das Land verlassen. Andererseits wurden während des Krieges 74.000 Menschen mit eritreischen Wurzeln und äthiopischen Papieren aus Äthiopien nach Eritrea deportiert, wo sie ebenfalls eine distinkte Gemeinde bilden.

Zwei Beiträge des Bandes befassen sich mit allgemeinen Aspekten. Tekie Fessehatsion weist die Bedeutung der Auslandsüber-

weisungen für die eritreische Wirtschaft nach, die 2002 immerhin 206 Millionen US\$ betragen. Zwischen 1995 und 2002 erreichten die Auslandsüberweisungen nach Angaben der Weltbank durchschnittlich 34,4 % des jährlichen BSP und lagen damit über den durchschnittlichen öffentlichen Entwicklungshilfeszahlungen (ODA) in Höhe von 26,5 %. Im internationalen Vergleich ist Eritrea damit extrem abhängig von dieser Einkommens- und Devisenquelle, in Ghana z.B. erreichen die Auslandsüberweisungen 7,8 % und in Namibia 6,4 %. Der Autor empfiehlt den Auslands-eritreerInnen bzw. den EmpfängerInnen der Auslandsüberweisungen mehr in Eritrea selbst zu investieren anstatt das Geld für Konsum auszugeben, was angesichts der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ein frommer Wunsch bleiben dürfte. Die mangelnde Investitionsfreudigkeit spricht übrigens auch gegen die in entwicklungspolitischen Kreisen weit verbreitete Meinung, dass Auslandsüberweisungen von Migranten per se entwicklungsfördernd sind. Auf jeden Fall verdient das Thema eine über die in dem Beitrag vorherrschende ökonomistische Betrachtungsweise hinausgehende tiefere Analyse. Victoria Bernal untersucht die Rolle der elektronischen Medien – das Internet als „quintessential diasporic medium“ – am Beispiel der Website *Dehay*. Seit 1992 hat sich eine eritreische „digitale Diaspora“ entwickelt, die eine neue „imagined community“ im Sinn von Benedict Andersen entstehen lässt und sogar zu mehreren konkreten Treffen von Mitgliedern der *Dehay*-Gemeinde in USA geführt hat. Sie hat aber auch neue Ausgeschlossene produziert: die Ungebildeten und Armen vor allem in Eritrea, aber auch im Ausland, darunter vor allem Frauen.

Die anderen Beiträge sind verschiedenen eritreischen Diasporagemeinden gewidmet, von denen allerdings nur ein kleiner Teil behandelt wird, nämlich im Sudan, in den USA,

in Kanada und Deutschland. Dabei wird deutlich, dass sich trotz des ausgeprägten Transnationalismus aller Gemeinden die Aufnahme- und Lebensbedingungen in den verschiedenen Gastländern erheblich unterscheiden und immer noch unterscheiden. Während es den eritreischen Flüchtlingen in den westlichen Industrieländern möglich war, die jeweilige Staatsbürgerschaft zu erwerben, lebte die überwiegende Mehrheit der eritreischen Flüchtlinge im Sudan in UNHCR-Lagern, die größte Gruppe von Langzeitflüchtlingen nach den Palästinensern. Für diejenigen, die über die notwendigen Verbindungen, Finanzmittel und Sprachkenntnisse verfügten, diente der Sudan als Sprungbrett nach Nordamerika, Europa und Australien. Auch die Religionszugehörigkeit bestimmte die Migrationsrichtung: nach Europa, USA und Australien zogen vor allem christliche HochlandbewohnerInnen, während die muslimischen TiefländereritreerInnen sich eher nach Saudi-Arabien und in die Golfstaaten orientieren. Das gilt auch für die Flüchtlinge nach dem sogenannten Grenzkrieg mit Äthiopien und vor allem seit der unbegrenzten Wehrpflicht und der verschärften Repression in Eritrea, die das Land unter Einsatz ihres Lebens verlassen haben und im Sudan „Kosovo“ genannt werden, weil dort gleichzeitig zum Krieg zwischen Äthiopien und Eritrea ein bewaffneter Konflikt ausgetragen wurde: „ihr Wunsch, Eritrea zu verlassen, ist übermächtig, ... sie haben Eritrea aufgegeben, sehen keine Zukunft im Sudan und sind bereit, große Risiken auf sich zu nehmen.“

Dank Feldforschungen des Autors, die sich über Jahrzehnte erstrecken, ist Gaim Kibreabs Monografie der eritreischen Flüchtlingsgemeinden im Sudan der sicher umfassendste und detaillierteste Beitrag des vorliegenden Bandes. Die anderen Beiträge zu einzelnen Diasporagemeinden zeichnen sich durch sehr unterschiedliche, aber gleicher-

maßen interessante Fragestellungen aus. Atsuko Matsuoka und John Sorensen nehmen das Thema sich überlagernder Stimmen einer Komposition von Glenn Gould und ihren Titel „Ideas of North“ auf, indem sie Kanada, den Norden, als multi-ethnischen Raum („ethnospace“) definieren, wo die eritreische Gemeinde eine von vielen, aber mit einer sehr ausgeprägten Transnationalität ist, deren Selbstverständnis sich sowohl unter dem Einfluss des Gastlandes als auch der politischen Entwicklung in Eritrea verändert. Einen ebenfalls sehr interessanten Ansatz hat Bettina Konrad für ihren Beitrag über die eritreische Diaspora in Deutschland<sup>1</sup> gewählt. Sie wendet die These von Albert O. Hirschmann an, nach der für Firmen, Organisationen und Staaten gleichermaßen gilt, dass ihre Mitglieder sich zwischen drei Optionen zu entscheiden haben: „Exit, Voice and Loyalty“. Der wirtschaftliche, soziale, politische ja sogar emotionale Druck der eritreischen Regierung auf ihre Landsleute im Ausland hat sich seit spätestens dem 18. September 2001, als die führenden Köpfe der Opposition verhaftet wurden, dermaßen verschärft, dass das außergewöhnliche transnationale „Wir“-Gefühl der EritreerInnen vor eine schwer zu ertragende Zerreißprobe gestellt wird. Da unter den gegenwärtigen politischen Umständen weder „Voice“ noch „Exit“ erlaubt sind bzw. streng bestraft werden, entscheiden sich die meisten für eine scheinbare Loyalität bei gleichzeitigem Rückzug ins Private, eine Art innere Emigration in der äußeren.

Die ausgeprägte transnationale Identität der eritreischen Diasporagemeinden manifestierte sich vor allem während des Befreiungskampfes in außergewöhnlicher Begeisterung, Disziplin und Opferbereitschaft. Sie fühlten sich mehrheitlich als „transnationale Befreiungskämpfer“, wie Tricia Redeker Hepner in ihrem Beitrag über eritreische Unterstützungsorganisationen in den USA

anschaulich beschreibt. So überwiesen ihre Mitglieder nicht nur jedes Jahr mehrere tausend US\$ an die Befreiungsbewegung EPLF (oder auch an die Konkurrenzbewegung ELF), sie reisten auch in die von der EPLF kontrollierten Gebiete, um sie entsprechend ihren Fähigkeiten konkret zu unterstützen. Dass schon zu dieser von allgemeiner nationalistischer Begeisterung erfüllten Periode die autoritäre Haltung und Kontrollwut der EPLF eher kontraproduktiv war, weist Tekle M. Woldemikael in seinem Beitrag über eine interreligiöse eritreische Vereinigung in Kalifornien nach: als die Befreiungsfront der Vereinigung die Autonomie der Entscheidung über die Verwendung der gesammelten Spenden zur Unterstützung des nationalen eritreischen Projektes verweigerte, löste sich die Vereinigung auf, und ihre Mitglieder zogen sich in ihre religiösen Gemeinden zurück.

Die äußerst lesenswerte Einführung der beiden Gastherausgeberinnen weist darauf hin, dass das Thema Diaspora in der Forschung nicht nur der *Eritrean Studies* – oder „Eritreanistik“, wie man diesen Bereich der Äthiopistik auch nennen könnte – neueren Datums ist. Das ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass sich das Interesse während des Unabhängigkeitskrieges und in den ersten Jahren der Unabhängigkeit auf den Kampf und das politische und gesellschaftliche Selbstverständnis der Befreiungsfront konzentrierte und die eritreischen Gemeinden im Ausland höchstens in dem Maße Aufmerksamkeit erhielten, in dem sie den Befreiungskampf unterstützten. In diesem selbst bezogenen Klima interessierten sich weder eritreische noch ausländische WissenschaftlerInnen für die Lebensumstände der AuslandsritreerInnen, für komparative Studien oder Untersuchungen der größeren Zusammenhänge zwischen Diaspora und Ursprungsland, wie es die seit den neunziger



Jahren auf internationaler Ebene zunehmenden Arbeiten zu Transnationalismus und multiplen Identitäten belegen. Sie verweisen darauf, dass die vorliegenden Arbeiten zum Thema eher Vergleiche mit Diasporagemeinden aus Palästina, Bosnien, Sri Lanka und Armenien nahe legen, als z. Bsp. mit Migranten aus anderen afrikanischen Ländern, was wiederum interessante Vergleiche mit den Arbeiten von Wissenschaftlern ergeben könnte, die – wie vor allem Charles Piot – sich dem Thema afrikanische Diaspora und „Black Atlantic“ widmen. Die Schwerpunkte der *Eritrean Studies* wie anderer länderbezogener Fachrichtungen haben sich in den letzten Jahren von den Nationalstaaten über den „methodologischen Nationalismus“ in Richtung internationale Migration, Globalisierung, digitale „imagined communities“ und multiple transnationale Identitäten entwickelt, die immer mehr Zweifel aufkommen lassen, ob der begrenzte territoriale Nationalstaat wirklich die natürlichste und wünschenswerteste Form aktueller soziopolitischer Organisation darstellt. Außerdem weisen die Herausgeberinnen zu Recht darauf hin, dass es in den Eritrean Studies wie in der Migrations- und Diasporaforschung im Vergleich zu anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen noch viele Lücken gibt, die zu füllen eine spannende Aufgabe sein dürfte. Zu den Lücken gehören nicht nur die weitgehend unerforschten eritreischen Gemeinden in den Golfstaaten, sondern auch geschlechts- und generationsspezifische Charakteristika. Weiterhin fehlt es an Studien über die sich im Lauf der Zeit und unter dem Druck politischer Verhältnisse verändernden Einstellungen zum Herkunfts- und Gastland, die je nach ethnischer, sozialer und religiöser Zugehörigkeit unterschiedlich sein dürften. Und nicht zuletzt dürfte es interessant sein zu untersuchen, wie sich die Aufnahme-,

Lebens- und Integrationsbedingungen für die verschiedenen MigrantInnengemeinden in den einzelnen Gastländern entwickeln, und wie sich die jeweiligen Gemeinden und ihre Mitglieder daran anpassen. Ein weites und sicher fruchtbares Feld, das darauf wartet, bearbeitet zu werden.

*Eva-Maria Bruchhaus*

### Anmerkung

- 1 Nach den Untersuchungen von Günter Schröder, der in dem Band leider nicht vertreten ist, leben in der Bundesrepublik derzeit ca. 25.000 EritreerInnen.

Joannah Caborn: *Schleichende Wende. Diskurse von Nation und Erinnerung bei der Konstituierung der Berliner Republik*. Münster: UNRAST-Verlag (edition DISS) 2006. 263 Seiten

Dass Hauptstädte mit dem Selbstbild von Staaten und Nationen zu tun haben, mag nahezu als banale Einsicht erscheinen. Für Deutschland sieht Joannah Caborn besonders in der Bezeichnung „Berliner Republik“ eine „Identifizierung der Hauptstadt mit dem Land ... geradezu [als] Staatsprogramm“, da hier „die Hauptstadt, deren starke nationale Komponente im Diskurs verankert ist, auch zur Namensgeberin für den Staat wurde“ (11f). Dabei entgeht ihr anscheinend, dass dies nur für den halb-offiziellen und informellen Diskurs gilt, da der offizielle Staatsname nach wie vor „Bundesrepublik Deutschland“ lautet. Die starke These ebenso wie die Fehlleistung charakterisieren das Buch. Die Autorin geht den Diskursverschiebungen nach, die sich aus der Entscheidung des Bundestages für die Hauptstadt Berlin und gegen Bonn 1991 ergaben, unter anderem in der Umwertung und starken Besetzung des Motivs der Mitte, „zur bewußten Zentrums- und Metro-

polenbildung in Berlin“ (108), während zuvor häufig von dem Sog gewarnt wurde, der von einer solchen Stadt als Regierungssitz und Hauptstadt ausgehen werde. Werden „Einheitsdiskurs“, „negativer Nationsdiskurs“ und „Diskurs der Mitte“ weitgehend anhand der Presseberichterstattung und -kommentierung über wichtige Ereignisse und Debatten, zumal die Hauptstadt-Debatte des Bundestages analysiert und auf ihre Metaphorik und Verweisungsbeziehungen abgeklopft, so befasst sich ein abschließendes längeres Kapitel mit der Architektur im eher auf Bescheidenheit setzenden Bonn gegenüber der Betonung eines neuen Selbstbewusstseins und der Aneignung der vorhandenen, oft ausgesprochen monumentalen Architektur in Berlin, teilweise durch synkretistische Zutaten und Abwandlungen.

Das Buch regt durchaus dazu an, ähnliche Überlegungen auch für andere Hauptstädte anzustellen, zumal dann, wenn die betreffenden Staaten vor relativ kurzem politische Umbrüche durchgemacht haben und damit das Konstrukt der Nation zur Disposition steht. Bedauerlich sind freilich einige Engführungen und offenkundige Fehler. So vermisst man eine gründlichere Reflektion über die Bedeutung des Einheits-themas in der alten Bundesrepublik und auch über die beständige Thematisierung der Hauptstadtfrage im Kontext der Auseinandersetzung mit der staatlichen Teilung angebracht gewesen. Das „Deutsche Reich“ war keineswegs immer „zentralistisch“ (112), sondern bis 1933 stark durch ein „polyzentrales Städtesystem“ (147) geprägt, dessen Bewahrung an anderer Stelle thematisiert wird; es ging und geht auch nicht allein um „eine geographische Verteilung der Verwaltung“ (112), sondern von Verfassungsorganen, was symbolisch ein relevanter Unterschied sein dürfte. Man fragt sich auch, warum bei der Bedeutungsum-

wandlung des Reichstages, seiner „Vorbereitung ... für den Bundestag“ (209<sup>173</sup>), weder dessen Wiederaufbau und innere Gestaltung zu Zeiten der „Bonner Republik“ noch die doch viel beachtete Episode der Verhüllung 1995 erwähnt wird. Schließlich hätte es nichts geschadet, das als Titel der Einleitung benutzte Pressezitat „Die Bonner Republik ist mausetot“ der tatsächlichen Kontinuität des Grundgesetzes gegenüberzustellen, was ja nicht gerade eine Petitesse ist, und sich in diesem Kontext auch daran zu erinnern, dass „der Begriff [ist es einer?] der Bonner Republik“ in erster Linie und in historischer Sukzession *nicht* „als Pendant zur Berliner Republik“ „existiert“ (36<sup>29</sup>), sondern doch wohl in anderer Distinktion, nämlich in der einmal sehr gängigen Phrase „Bonn ist nicht Weimar“.

Die Kritik an Nationsdiskursen ist notwendig und die Analyse von Hauptstadt-diskursen ist ein gutes Vehikel. Doch sollte sie nicht geschichtsvergessen erfolgen, wie es hier gelegentlich geschieht.

*Reinhart Kößler*

David Miles: *The Tribes of Britain. Who are we? And where do we come from?* London: Phoenix 2006. 496 Seiten

Allein schon der Titel ist ein Verdienst: Der prominente britische Archäologe ent-exotisiert in seiner populären, locker geschriebenen Darstellung von „einer halben Million Jahren Geschichte“ (7) das T-Wort, hier als „mating network“ definiert (58). Die freundliche Perspektive besteht in „einem sich beständig wandelnden neuen Großbritannien“ (450). Deshalb sind die „Stämme“ zugleich metaphorisch und ironisch gemeint, auch wenn Miles immer wieder die Formeln „unsere Ahnen“ oder sogar „wir“ bemüht. Spannend bleibt, wer „wir“ dann genau sind. Die miteinander verknüpften Einsichten, dass ungeachtet wieder-

holter Invasionen genetisch eine „grundlegende Kontinuität der Bevölkerung seit der oberen Altsteinzeit“ nachweisbar ist (30) und zugleich die Diffusion kultureller Merkmale, aber auch von Sprachen keineswegs mit der massenhaften Wanderung von Menschen einhergehend, noch diese Merkmale notwendig mit ethnisch unterscheidbaren Einheiten identisch waren, mag diesen Formeln eine handfeste Grundlage geben. Dennoch erweist sich bei der durchaus in aufklärerischer Absicht unternommenen (Re-)Konstruktion von kollektiver Identität über einen extrem langen Zeitraum hinweg die Beziehung zwischen dieser Kontinuität und dem Territorium als hochproblematisch. Die Erzählung weist nämlich genau da einen Bruch auf, wo die Abfolge von Invasionen – besonders jene Roms, der Angeln und Sachsen, der Wikinger, Dänen und schließlich der Normannen – 1066 zu einem Abschluss kommt und von der Anglisierung der neuen normannischen Herrschaft abgelöst wird, die mit der Expansion dieser Herrschaft in die keltische Peripherie (Wales und Irland) sowie bald auch gegenüber Schottland und vorübergehend auch in Frankreich einhergeht. Mit der Entstehung eines englischen Proto-Nationalismus geht daher ein räumliches Ausgreifen einher, das bald die Siedlungskolonien in Nordamerika und in der Karibik, später in Australien und Neuseeland sowie Südafrika sowie die anderen britischen Kolonien mit einbegreift. Die Entwicklung in Irland wird dabei als integraler Bestandteil einer britischen Geschichte behandelt. Die Einwanderungswellen des 19. und 20. Jahrhunderts sind seit der Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg durch zunehmende Restriktionen gekennzeichnet. Diese Prozesse verweisen auf die Bevölkerungsdynamik, der Miles in seiner Darstellung ab dem Mittelalter eine beherrschende Stellung einräumt, einschließlich der gegenwärtigen Notwendigkeit forcierter Einwanderung als Bedingung für die Aufrecht-

erhaltung des bestehenden Lebensstandards. Dennoch bleibt die Frage, was eigentlich britisch ist: alles, was auf den Inseln geschieht oder dort herkommt, oder eher auch alle diejenigen, die dort als „neue Briten“ ankommen? Oder alle zusammen – dann aber fragt sich immer noch, was außer dem Territorium sie eigentlich zusammenhält.

*Reinhart Kößler*

Ulrich van der Heyden & Joachim Zeller (Hg.): „... *Macht und Anteil an der Weltherrschaft*“. Berlin und der deutsche Kolonialismus. Münster: Unrast 2005, 288 Seiten

Nach *Kolonialmetropole Berlin* (s. *Peripherie* 90/91) liegt nun ein weiterer Band mit insgesamt 41 Beiträgen vor, die in sehr unterschiedlicher Weise und auf durchaus unterschiedlichem Niveau Verbindungslinien zwischen dem Ort Berlin und deutschen kolonialen Erfahrungen nachzeichnen, konstruieren oder auch einfach unterstellen. Die Beiträge sind thematisch in den Abschnitten „Kolonialpolitik“, „Kolonialwirtschaft“, „Berliner Institutionen und die Kolonialwissenschaften“, „Forscher und Technik“, „Szenarien kolonialer Kultur“, „China und die Südsee“, „Schwarze Präsenz in der Reichshauptstadt“ sowie endlich „Die Anti-Kolonialmetropole“ zusammengefasst. Chronologisch spannt sich der Bogen von den Kolonialunternehmungen des Großen Kurfürsten im letzten Drittel des 17. Jahrhunderts bis zum Ende der Nazi-Zeit. Großen Raum nehmen biographische Skizzen ein, so etwa *Birthe Kundrus*’ vergleichende Skizze der Kolonialstaatssekretäre Lindequist und Solms, einschließlich der Rollen die ersterer später im Kolonialpolitischen Amt der NSDAP, letzterer im Widerstand gespielt hat; *Thomas Morlangs* Bericht über die Aktivitäten des „umstrittenen ‘Kolonialhelden’

Herrmann von Wissmann“; der Abriss über das bewegte und widersprüchliche Leben des „Kolonialoffizier(s) und Pazifist(en) Hans Paasche“ von *P. Werner Lange*; *Christine Stelzigs* Beitrag über den Ethnographen und Museumsmann Felix von Luschan; die Skizze über das widersprüchliche Leben des Kolonialsoldaten Mebenga m’Ebono alias Martin Paul Samba, der schließlich als Führer des kamerunischen Widerstandes umkam und zum Nationalheld wurde, von *Joachim Zeller* und *Stefanie Michels*; die Erinnerung an G.A. Krause alias Malam Musa, der die deutsche Kolonialherrschaft mit kritischen Berichten aus Westafrika begleitete, von *Peter Sebald* oder auch die Geschichte des evangelischen Superintendenten Hegner und seiner Familie, die sich wegen ihrer Nama-Ahnin Sara Schmelen mit dem Arierparagraphen der Nazis konfrontiert sahen, von *Ursula Tripper*. Unter den übrigen Beiträgen verdienen besonderes thematisches Interesse *Jens Ruppenthals* Darstellung der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes, die während der Weimarer Republik zwischen innenpolitisch vorgetragenen kolonialrevisionistischen Forderungen und den Realitäten der internationalen Beziehungen lavierte; die Beiträge zur Rolle deutscher Banken von *Dieter Bötzel* und *Wolfgang G. Schwanitz*; verschiedene Beiträge zu kolonialbezogenen Wissenschaftsinstitutionen in Berlin, wobei besonders bei *Pascal Grosse* zu den 1902, 1905 und 1910 veranstalteten Deutschen Kolonialkongressen und *Jan Henning Böttger* zur Tagung des Institut *Colonial International*, die 1897 in Berlin stattfand, wichtige Dimensionen der „breiten gesellschaftlichen Verankerung der deutschen Kolonialpolitik“ (Grosse, 100) sowie der widersprüchlichen Formen internationaler Verflechtung bei konvergierenden Problemhorizonten im Rahmen kolonialer Herrschaft deutlich werden. *Reinhard Klein-Arendt* er-

innert an die Rolle der Funkstation Nauen bei Berlin, sowohl als Pionierprojekt drahtloser Telegraphie wie als Mittel zur Verbesserung der Kommunikation mit den deutschen Kolonien. *Winfried Speitkamp* zeigt im „Kult um die Kolonialpioniere“ „Berlin-Kritik“ insofern auf, als die Berliner Bürokratie als Gegenspielerin der als Helden verehrten Wissmann, Peters usw. dargestellt wurde. *Sylke Kirschnik* und *Jeff Bowersox* gehen auf sehr unterschiedliche Formen der Visualisierung des Kolonialen in Ausstellungen ein – *Kirschnik* auf die Repräsentation in Zirkus, Panoptikum und Lunapark in den späten 1890er Jahren und *Bowersox* auf die Kolonialausstellung von 1933, die vor allem die Integration des Kolonialrevisionismus in das NS-Regime markierte.

Besondere Aufmerksamkeit verdienen die abschließenden drei Beiträge zur „Anti-Kolonialmetropole“. *Peter Martin* berichtet über die maßgeblich von Willi Münzenberg von Berlin aus organisierte „Liga gegen koloniale Unterdrückung“, auch bekannt als „Liga gegen den Imperialismus“. Gleichsam aus der entgegengesetzten Perspektive gehen *Robbie Aitken* und *Eve Rosenhaft* der Rolle von „Deutsch-Kamerunern“ in der antikolonialen Bewegung der Weimarer Zeit nach – es geht um „Afrodeutsche“, die im Rahmen der KPD und ihrer Massenorganisationen „das Schwarz-Sein schlechthin“ repräsentierten (272), aber auch in einem Spektrum anderer Zusammenhänge vom Show Business bis zur Kleinkriminalität von sich reden machten. Schließlich geht *Lothar Günther* auf die während des Zweiten Weltkrieges von Suba Chandra Bose organisierte „Indische Legion“ ein, ohne freilich die problematische Konstellation des Bündnisses einer antikolonialen Bewegung mit Nazi-Deutschland ernstlich auch nur anzusprechen.

Die Problematik des Bandes liegt im Konzept der Kolonialmetropole. Der Bezug auf

Berlin als Ort ist in zahlreichen Beiträgen kaum erkennbar, ebenso jener auf (deutschen) Kolonialismus. Der große Führer der Bewegung der Schwarzen in USA, W.E.B. Du Bois verlebte zwar, wie *Marianne Bechhaus-Gerst* nachzeichnet, entscheidende Jahre in Berlin, was dies genau mit Kolonialismus zu tun hat, bleibt jedoch unklar. Umgekehrt gibt *Mechthild Leutner* eine knappe, informative Skizze über die „deutsche ‘Musterkolonie’“ Kiautschou (Tsingtao), nur fragt sich, was das mit Berlin zu tun hat – außer, dass Berlin Reichshauptstadt war. Die Beispiele ließen sich fortsetzen – Erwähnung mag noch *Ulrich van der Heydens* Hinweis finden, in Berlin zu beobachtende Zugvögel hätten eventuell auf der Wüsteninsel Arguin (Mauretanien) überwintert, wo einer der kolonialen Stützpunkte Brandenburgs lag (62). Als Schauplatz von Politik kommt Berlin selten in den Blick, am deutlichsten noch, wenn *Thoralf Klein* von der Überbringung chinesischer Sühnegeschenke nach dem „Boxerkrieg“ berichtet oder *Supot Manalapanacharoen* in den beiden Besuchen des siamesischen Königs Chulalongkorn von Siam die komplexen Prozesse aufscheinen lässt, mit denen dieser Staat Ende des 19. Jahrhunderts sich neben Modernisierungsanstrengungen vor allem auf militärischem Gebiet in der internationalen Diplomatie verankerte.

Gerade angesichts aktueller Initiativen, durch lokale Bezüge koloniale Vergangenheit stärker ins öffentliche und alltägliche Bewusstsein zu rücken, wäre größere Sorgfalt hier wünschenswert. Das gilt auch für eine Vielzahl editorischer Flüchtigkeiten und Irrtümer. Wenn *Ulrich van der Heyden* die Kolonialunternehmungen des Großen Kurfürsten als „frühe Beziehung zwischen Deutschland und Afrika“ (68) verstehen will, so ist dies mit Sicherheit ein Anachronismus. Kein Mensch konnte Ende des 17. Jahrhunderts die preußische Hegemonie in Deutsch-

land, allenfalls den deutschen Dualismus voraussehen. Harmloser sind die Degradierung des Königs von Sachsen zum „Großherzog“ (263), inkompatible Jahresangaben (223, 226) oder die Angabe eines Todesdatums erst mit „1941“ dann mit „1942“ (81, 85). Unklar bleibt, wie die deutsche Regierung 1910 auf eine Entscheidung der britischen 1912 reagiert haben kann (157f), das inkriminierende Photo einer Hinrichtungsszene wird erst auf 1907, im übernächsten Absatz auf 1905 datiert (188) oder Kimberley, der Ort des großen Diamantenfundes von 1867 in den Transvaal verlegt (51). Zweimal wird aus einem Protektor ein „Protégé“ (67) bzw. „Protégé“ (225). Auch die „Kpdsu“ (262) hat es 1919, fünf Jahre vor Gründung der Sowjetunion, noch nicht geben können – gemeint ist die KPR(B) – und „Johnstone Kenyatta“ (267) ist zumindest irritierend, wenn auch nicht wirklich falsch.

Insgesamt hätte man den Herausgebern einen entschiedeneren Zugriff gewünscht – beim Redigieren ebenso wie beim Konzipieren. So ist wenig mehr als eine oft zufällig anmutende Blütenlese herausgekommen, die vieles enthält und daher gewiss auch Mancher und Manchem etwas, zuweilen auch durchaus wertvolles, bringen wird. Ernsthafte Ansätze, die Präsenz des Kolonialen im Lokalen aufzuzeigen, erfordern größere Stringenz.

*Reinhart Kößler*

Barbara Christophe: *Metamorphosen des Leviathan in einer post-sozialistischen Gesellschaft. Georgiens Provinz zwischen Fassaden der Anarchie und regulativer Allmacht*. Bielefeld: transcript 2005, 263 Seiten

Allzu oft ersetzt die Rede von schwachen, verfallenden und gescheiterten Staaten die Analyse der gesellschaftlichen Strukturen

und Interessenlagen und vor allem der an ihnen ansetzenden Strategien, die solchen Erscheinungen zugrunde liegen. Wie Barbara Christophe in ihrer Analyse des Staates im post-sowjetischen Georgien gleich einleitend deutlich macht, ist damit jedoch für das Verständnis „hybrider Regime“ oder der Formen und Folgen der „Interaktion von formellen und informellen Institutionen“ (12) wenig gewonnen. Die meist implizit modernisierungstheoretische Orientierung oder Fixierung auf „einer normativen Definition von Staatlichkeit“ (14) verfehlt vielmehr die Handlungsparameter und -strategien, die gerade im Zentrum der Analyse kaum bestreitbar krisenhafte Situationen stehen müssten. Dazu bezieht sich Christophe auf neuere Arbeiten zu Staatlichkeit in Afrika, Lateinamerika und Asien, die insbesondere am zentralen Thema der Korruption deutlich gemacht haben, dass deren – bereits von Max Weber konstatierte – Normalität keineswegs notwendig gesellschaftlich dysfunktional ist, sondern viel eher auf andere als im modernisierungstheoretischen Paradigma unterstellte gesellschaftliche Verhältnisse verweist. Damit sind nicht zuletzt auch Erklärungsansätze auf allenfalls sekundäre Bedeutung reduziert, die allzu eilfertig mit kulturellen Dispositionen argumentieren und dabei u.a. übersehen, dass „Kultur immer auch das Ergebnis sozialer Aushandlungsprozesse ist“ (43f). Aussichtsreicher erscheint der Autorin demgegenüber die Konzentration „auf unterschiedliche Strategien der Krisenbewältigung des Poststalinismus“ (44), was keineswegs abschließt, nach Kontinuitäten und damit auch nach einer „spezifisch georgischen Variante des Poststalinismus“ zu fragen, der sich freilich von seinem Vorgänger-System zentral durch die Verabschiedung des „Egalitarismus“, durch die radikale Schrumpfung des „sozialistische(n) Produktionsapparat(es)“ und die Beschränkung allein auf Georgien

anstelle der Verortung innerhalb der Sowjetunion unterscheidet (50f).

Die Autorin hat es unternommen, diesen zentralen Fragen vor allem in der Form einer „dichten Beschreibung“ (12) zweier politischer Arenen in der georgischen Provinz auf die Spur zu kommen. Dabei möchte sie zugleich einen kritischen Beitrag zur aktuellen Transformationsdebatte leisten. Der Darstellung der verwickelten Zustände und Prozesse in Kutaisi, der Hauptstadt der Region Imeretien im westlichen Georgien, sowie in dem eher ländlich geprägten, ebenfalls in Imeretien gelegenen Baghdati geht neben der eingehenden Auseinandersetzung mit der Debatte um Staaten in Transformations- und postkolonialen Gesellschaften sowie mit der Transformationsproblematik allgemein ein „empirischer Test auf der Makroebene“ voraus. In diesem Abschnitt geht Christophe den Gründen nach, warum die „Rosenrevolution“ des Winters 2003 „entgegen aller medial inszenierten Turbulenz“ (85) viel eher eine Form der Selbstreproduktion des bestehenden Regimes unter Austausch der Führungsequipen, wobei freilich „sich das Führungspersonal der Rosenrevolution nicht zufällig aus ehemaligen Repräsentanten des Regimes“ rekrutierte (84) und die „charismatische Legitimität“ des neuen Präsidenten Saakashvili (85) gegenüber dem von ihm verbal bekundeten Reformwillen letztlich brüchig erscheint. Vielmehr lässt sich dieses Geschehen recht überzeugend in eine Entwicklungslinie einordnen, in der mittels der geopolitischen Lage des Landes an einer der bevorzugten, da russisches Territorium umgehenden Transportrouten des kaspischen Erdöls nach Westen sowie mit verbalen Absichtserklärungen zur Ausrottung von Korruption und Etablierung einer rationalen Verwaltung auch schon das Shevardnadse-Regime in der Lage war, über Jahre hinweg externe Renten in der Form westlicher Hilfsgelder

zu mobilisieren. Diese Strategie war um die Jahrtausendwende an eine Grenze gestoßen. Der Regimewechsel oder anders gesagt, der Austausch der Führungsequipen lässt sich so einleuchtend wenigstens in einer Dimension als Kunstgriff verstehen, die versiegende, aber entscheidende externe Legitimität zu erneuern. Die Vorstellungen von „starkem“ und „schwachem“ Staat werden so einerseits in den Bezugsrahmen manifester Strategien zum Erwerb und vor allem zur Sicherung von Ressourcen und Pfründen gerückt, durch diese Kontextualisierung aber zugleich ihrer essentialistischen Tendenz weitgehend entkleidet. Man versteht was ist und was geschieht nicht durch den Verweis auf die „Schwäche“ des Staates, sondern diese „Schwäche“ selbst ist einerseits keineswegs ausgemacht – „schwache“ Staaten sind notorisch in der Lage, wenigstens punktuell hart zuzuschlagen – und stellt andererseits, soweit die Diagnose trägt, eher selbst ein zu erklärendes Problem dar, als dass sie zur Erklärung allzu viel taugen würde.

Vor diesem Hintergrund sind die lokalen Intrigen zu sehen, denen Christophe in Kutaisi und Baghdati nachgegangen ist. Grundlage dieser Darstellung sind über 200 im Zeitraum von August 1999 bis Oktober 2002 während zweier Feldphasen vorwiegend in den beiden Städten geführte Interviews sowie Protokolle von neun herausragenden Ereignissen in Kutaisi. Christophe führt anhand dieses Materials zunächst die „Mikrophysik und Genealogie der Macht“ (90-213), danach noch „Diskurse der Macht“ (213-226) vor. Dabei zeigen sich vor allem mannigfache Strategien, in deren Verfolgung Konflikte und Skandale mit unterschiedlicher Zielsetzung inszeniert werden. Es geht um die zielstrebige Schaffung von Unsicherheit, um die Zerstörung von Vertrauen oder Kooperationsstrategien gegenüber möglichen Generalen. Diskursive Strategien, in denen der

Akzent von „Gerechtigkeitsvorstellungen“ auf „Macht und Einfluss“ und schließlich auf „Prestige und Ehre“ verlagert wird (221) dienen dazu, einen „Anschein von Legitimität“ zu schaffen und „bereiten“ letztlich „den Boden für eine fatalistische Hinnahme des Plünderstaates“ (226). Dabei wird deutlich, dass unterhalb dieser systemischen Ebene die individuellen Aneignungs-, Verteidigungs- und Akkumulationsstrategien angesiedelt sind, die Christophe ausführlich ausbreitet.

Alle diese oft in verwirrender Detailfülle präsentierten Vorfälle und Geschichten zeichnet generell aber eines aus, und diese Einsicht lässt sich kaum anders als durch die gewählte Darstellungsweise vermitteln: Der Anlass oder scheinbare Konfliktgegenstand erweist sich selten als das, worum es eigentlich geht. Es handelt sich vielmehr um Fassaden, die dazu dienen, das eigentliche Machtspiel zu verdecken, bestimmte Interessen zu verfolgen, Parteigänger in Position zu bringen oder Gegner zu eliminieren. Von zentraler Bedeutung sind bei all diesen verwickelten Taktiken und Winkelzügen die Eigenschaften, die gewöhnlich „schwachen“ Staaten zugeschrieben werden: Gesetze und Regeln vor allem im Sinne der *good governance* funktionieren in den hier dargestellten Auseinandersetzungen in ganz anderer Weise als im Diskurs über deren Kriterien und Prinzipien intendiert. Freilich handelt es sich hier nicht um nicht-intendierte Nebenfolgen, sondern vielmehr um die Effekte bewusst ins Werk gesetzter Strategien, die jedoch in der gängigen Begrifflichkeit nur schwer zu fassen sind.

Gerade dies rechtfertigt eine Darstellungsweise, die für eine wissenschaftliche Arbeit zumindest ungewöhnlich ist und wohl etwas genauer hätte begründet werden können: Der Großteil des Buches argumentiert mit sorgfältig kontextualisierten Geschichten, von denen einige die methodologische Bedeutung von Klatsch und Tratsch in der ethnologischen

Forschung nachdrücklich unterstreichen. Es ist nicht immer einfach, den teilweise unterbrochenen und an anderer thematischer Stelle wieder aufgenommenen Intrigen zu folgen, geht es doch nicht um diese, sondern um eine Rekonstruktion der gesellschaftlichen Verhältnisse, für die sie stehen. Nur durch diese Geschichten aber kann die Realität eingefangen werden, die Christophe abschließend unter Verweis auf die persönliche Katastrophe des russischen Erdölmagnaten Michail Chodorkowski als Modell eines Staates beschreibt, „der ungeachtet seiner in vielen Dimensionen aufblitzenden Symptome von Schwäche offenbar in der Lage ist, das Feld der handlungsfähigen Akteure in seinem Sinne zu formen und zu restrukturieren“ (227f).

Insofern ist Barbara Christophe ein unkonventionelles und innovatives Buch gelungen, das auf der Grundlage detaillierter lokal orientierter Forschung dazu beitragen kann, ein Verständnis der Fragen zu fördern und zu verfeinern, die in anderen Zusammenhängen mit provokativen Titeln wie *Africa Works* von Chabal und Daloz aufgeworfen wurden. Nicht Devianz und gar Anomie sollten die Leitfragen sein, sondern die Lebensverhältnisse der Menschen und die Strategien, mit denen sie auf unterschiedlichen Ebenen mit diesen Verhältnissen umgehen. Auch Christophes Analyse zeigt, dass diese Perspektive großen analytischen Gewinn, aber sicher wenig Anlass zur Beruhigung bietet.

Reinhart Kößler

**Katharina Lange: *Zurückholen, was uns gehört – Indigenisierungstendenzen in der arabischen Ethnologie*. Bielefeld: transcript 2005. 272 Seiten**

Katharina Langes Studie zu aktuellen Entwicklungen der Indigenisierung der Anthropologie im arabischen Nahen Osten gehört zu den seltenen, aber darum um so verdienst-

volleren und lohnenswerten Projekten der analytischen Felderkundung in einer akademischen Community. „Zurückholen, was uns gehört“ ist also eine Meta-Ethnografie, die nicht nur den autochthonen Vertretern einer Indigenisierung der Ethnologie im arabischen Raum und damit einer nicht zu vernachlässigenden Minderheit von arabischen Ethnologen eine Stimme verleiht, sondern gleichzeitig auch implizit einen Einblick in die Funktionslogik gegenwärtiger transnationaler Formierung von Wissenskulturen gewährt. Es gelingt der Autorin damit, Chancen und Grenzen der Transkulturalität in den vom Orientalismus geprägten Wissenschaften der Soziologie und Ethnologie des arabischen Raumes als bisher unerfülltes Projekt zu beschreiben. Sie arbeitet in ihrer Analyse der Islamisierungs- und Arabisierungsabsichten – also dem Wiederverwurzelungsprojekt – einiger autochthoner Vertreter ihres Faches eine Orientierung innerhalb der regionalen wissenschaftlichen Gemeinschaft klarer heraus, die dort nicht mehrheitlich geteilt wird. Die Möglichkeiten für arabische Ethnologen, eine solche Position untereinander auszuhandeln und an lokale und internationale Öffentlichkeiten zu vermitteln, reichen kaum aus. So gibt es bisher weder einen Berufsverband arabischer Ethnologen, noch eine länderübergreifende Fachzeitschrift in arabischer Sprache. Der Begriff Indigenisierung beschreibt vielmehr ein vielstimmiges Konzert, das den regionalen Mainstream und seine Orientierung am Westen immer wieder herausfordert. In der universitären Lehre der Disziplinen Sozialanthropologie und Soziologie spielt die personelle Verkörperung des Indigenisierungsdiskurses eine bedeutsame Rolle, da die Vertreter solcher Positionen durchaus vielgelesene und zitierte Lehrbuchautoren sind und ganze Generationen von arabischen Fachwissenschaftlern ausgebildet haben. In ihrer Studie stellt Lange vier Auto-



ren und eine Autorin der Indigenisierungsposition entlang ihrer wissenschaftlichen Beiträge vor. Unter diesen Autoren gibt es Gemeinsamkeiten in der Themenauswahl: Die Kritik an anthropologischen Evolutionstheorien, die Aufwertung des arabisch-islamischen Erbes gegenüber kultureller Verwestlichung und kulturell-moralischem Verfall, die Einschätzung beduinischer Mentalität als kultureller Grundlage arabischer Gesellschaften sowie schließlich die These von der Notwendigkeit der Neuverwurzelung einer ganzheitlichen postkolonialen arabisch-islamischen Kultur aus einem vorkolonialen Islam heraus. Dennoch haben sich innerhalb dieses Feldes bisher keine abgrenzbaren Schulen gebildet. Ganz im Gegenteil ist Lange bei ihrer Spurensuche nach Indigenisierungspositionen stets von einer Universität an eine andere und von Institut zu Institut verwiesen worden. Arabische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler stellten sich ihr im allgemeinen eher als universalistisch orientiert vor.

Symptomatisch für das schwierige und bisher auch wenig kommunizierte Verhältnis zwischen „arabischen“ und „westlichen Perspektiven“ in der Ethnologie des arabischen Raumes sind ja allein schon die Probleme des Feldzugangs zu den akademischen Communities an den Fakultäten verschiedener arabischer Universitäten in Jordanien, Ägypten, Syrien und dem Libanon. Lange schreibt ihre Zugangsprobleme dabei vor allem der Heterogenität des Feldes und mangelnder wissenschaftlicher Vernetzung zu, erwähnt jedoch auch bürokratische Hürden und mangelndes Verständnis für ihre Forschungsabsicht „Metaethnografie“ oder mangelnde Bereitschaft der Institutionen, sich einer „Beobachtung der Lehre“ aussetzen zu wollen.

Katharina Langes Studie richtet sich bewusst an eine relativ begrenzte Fachcommunity, die sich seit etwa drei Jahrzehnten in

einer selbstreflexiven innerdisziplinären Debatte mit der Selbstverortung postkolonialer Forschung, kultureller Identität und Repräsentation auseinandersetzt. Das von Shalini Randeria (1999) angeführte Zitat von Boaventura de Sousa Santos (1995) „As a product of empire, the South is the house of the south where the south is not at home“, fasst hier m.E. das weiterhin unaufgelöste epistemologische Problem der Indigenisierungsprojekte prägnant zusammen und verdeutlicht gleichzeitig die überregionale Bedeutung transkultureller Metaforschung im Bereich der Kultur- und Gesellschaftswissenschaften. Dabei ist das Beispiel der Indigenisierungstendenzen in der arabischen Ethnologie so zwar nur ein Fall von vielen Fällen, jedoch in der gegenwärtigen weltpolitischen Situation von besonderem Interesse, da er Versuche der Reklamation des islamisch-religiösen Erbes für den Wissenschaftsdiskurs und für Gesellschaftskritik an der arabischen Moderne beinhaltet, die beispielhaft Parallelen zu Entwicklungen in anderen Wissenschaften und ihren Anwendungsbereichen aufweisen.

So ist Langes Arbeit auch jenseits der unmittelbaren Fachcommunity von Interesse. Leider gehört es wohl auch zur Funktionslogik postkolonialer interkultureller Konflikte um Ressourcen und Definitionsmacht innerhalb wissenschaftlicher Fachcommunities, dass die Forschung dort aufhört, wo es eigentlich spannend würde. So bleibt die Frage unbeantwortet, welche anderen Perspektiven Lange hätte zu Tage fördern können, wenn sie mehr Feldforschung und weniger Literaturrezeption hätte betreiben können? Wie werden die oben erwähnten Themen des Indigenisierungsdiskurses in Seminaren mit Studierenden oder auf Fachkongressen mit „westlich“ orientierten Kollegen diskutiert? Es bleibt zu beobachten, inwiefern die von Lange analysierten Indigenisierungstendenzen in der arabischen Ethnologie marginal und auf der Ebene von

Postulaten bleiben oder aber wirklich in der Lage sein werden, innovative nichtwestliche Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Theoretisierung der „verwobenen Moderne“ im Sinne Randerias zu leisten.

*Susanne Kröhnert-Othman*

**Rainer Tetzlaff & Cord Jakobeit: *Das nachkoloniale Afrika. Politik – Wirtschaft – Gesellschaft. Lehrbuch.* Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005. 304 Seiten**

In einer Zeit zunehmender Marginalisierung der Afrikawissenschaften in Deutschland – bei gleichzeitig hohem studentischen Interesse divergieren Angebot und Nachfrage eklatant – ist das Wagnis, ein Lehrbuch zu Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im nachkolonialen Afrika zu publizieren gar nicht hoch genug zu würdigen.

Die Frage, die sich dem geneigten Leser nun aber stellt ist: Kann man ein politikwissenschaftliches Lehrbuch mit einem interdisziplinären Ansatz über das postkoloniale Afrika schreiben, ohne wesentliche Aspekte auszublenzen? Trotz aller Bedenken beweisen *Rainer Tetzlaff* und *Cord Jakobeit* das dies möglich ist. Aufgrund ihrer langjährigen Erfahrung in der Erforschung afrikanischer Gesellschaften und deren dynamischen, politischen Prozessen ist es den beiden Autoren gelungen, die wesentlichen Elemente afrikanischer Politikgestaltung angemessen darzustellen. Hilfreich erwies sich dabei ihr multidisziplinärer, diskursiver Ansatz, der es ihnen erlaubt, über den Tellerand ihrer eigenen wissenschaftlichen Disziplin zu schauen, ohne sich in haltlosen Hypothesen wissenschaftlicher Disziplinen zu verlieren, die nicht die Ihren sind. Dies benötigt ein gewisses Maß an Pioniergeist und Selbstkritik, denn das kritische Echo anderer Spezialdisziplinen dürfte nicht lange auf sich warten lassen (siehe die Rezensionen von Grohs in

der Überblick und die haltlose Kritik von Bierschenk in *Neue Politische Literatur*). Es sind also die Schnittmengen, die das Buch vor allem bereichern, aber gleichzeitig auch angreifbar machen. So synthetisieren Jakobeit und Tetzlaff die Disziplinen Geschichte, Soziologie, Volkswirtschaft, Ethnologie, Kultur- und Religionswissenschaft (unter Berücksichtigung afrikanischer Literaturen und Literaten) mit der Politikwissenschaft zu einer profunden, dichten Beschreibung afrikanischer Lebenswirklichkeitsannäherungen. Leider blenden sie die Nachbarwissenschaft Philosophie aus, bereichert sie doch die Diskussionen (z.B. die Konsensdemokratiedebatte um Kwasi Wiredu) und Problematisierungen interkultureller Dialoge (z.B. Wimmer und Kimmerle) in vielen Punkten. Ihren Anspruch, dass „in diesem Lehrbuch fundierte Kenntnisse über die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen der afrikanischen Staaten und Länder nach Erlangung ihrer politischen Unabhängigkeit vermittelt werden,“ erfüllen die Autoren nahezu in Gänze. Im Unterschied zu anderen Autoren merkt man den Wissenschaftlern in ihrer Analyse und Sprache an, das Afrika nicht ein bloßer Gegenstand ihrer Forschung ist (ein Diktum abendländischen Wissenschaftsverständnisses), vielmehr vermitteln sie den Eindruck, dass „Afrika“ ihnen am Herzen liegt. Deutlich wird dies in der Formulierung ihres erkenntnisleitenden Interesses: Es „ist daher die Frage nach den internen, externen und strukturellen Ursachen von Unterentwicklung und Marginalisierung Afrikas und die sich daraus für die Zukunft ergebende Konsequenzen – die Konsequenzen für die betreffenden Menschen und Völker in Afrika, für deren Regierungen und die politische Klasse und schließlich für die Industrienationen des Nordens, die in vielfältiger Weise mit den afrikanischen Ländern verbunden sind“. Hier kommen zwei wesentliche Faktoren in der Auseinandersetzung mit Afrika zum

Tragen. Erstens geht es im Elias'schen Sinne im wesentlichen um Menschen und nicht primär um Institutionen etc. Zweitens ist die Zukunft Afrikas ebenso dynamisch wie seine Vergangenheit, will heißen die Zukunft Afrikas ist gestaltbar, veränderlich, also nicht auf Armut reduzierbar, wenngleich wissenschaftlichen Prognosen enge Grenzen gesetzt seien.

Das Buch gliedert sich in acht mehr oder weniger ausführliche Kapitel. Das erste beinhaltet geschichtliche und geographische Grundlagen von Unterentwicklung und Entwicklung Afrikas und schärft die Wahrnehmung des Lesers für die Probleme des Kontinents, wobei eine der prioritären Thesen lautet, das Eine, verallgemeinerbare Afrika gibt es nicht, sondern Afrika ist gekennzeichnet durch ambivalente Prozesse gesellschaftlichen Wandels. Es lassen sich jedoch Tendenzen erkennen, die es erlauben die afrikanischen Staaten in drei Kategorien zu unterteilen (bei allen angebrachten Zweifeln einer solchen Klassifizierung): 1. Erfolgreiche Demokratisierer mit Entwicklungspotenzialen, 2. Staaten im Staatszerfall mit wenig Entwicklungschancen in näherer Zukunft und 3. Staaten, die in neopatrimonialen, klientelistischen Strukturen verhaftet bleiben, häufig auch Fassadendemokratien, gekennzeichnet durch autokratische Herrscher ohne erkennbare Absicht einer Einschränkung ihrer Machtbefugnisse bei unklaren bis negativ zu beurteilenden Entwicklungsaussichten. Die weiteren Kapitel beschäftigen sich mit Kernelementen einer politikwissenschaftlichen Analyse. Kapitel 2 mit Gemeinschaft und Gesellschaft, Ethnizität und Kultur, (Staats-)Klassen und Sozialbeziehungen, Kapitel 3 mit Kriegen und ethnischen Konflikten, Kapitel 4 mit Staat und politischer Herrschaft in Afrika; Kapitel 5 mit Demokratie und Demokratisierung in Afrika. Diese Teile des Buches machen es so lesenswert und stark, weil sie den Primat der Politik und ihre Interdependenzen mit der Ökonomie hervorheben. Hier reflektieren die Autoren über die Ursachen der

„afrikanische Krise“, die ihrer Meinung vor allem endogener Natur sind, also weder überwiegend in der kolonialen Vergangenheit zu suchen sind, als Gegenstück zu dieser Argumentation der Dependenztheoretiker dienen die erfolgreichen asiatischen Staaten, noch in externen Ursachen neokolonialer Couleur, da die Einflussnahme der OECD-Staaten sich in Grenzen halte. Vielmehr betonen Jakobkeit und Tetzlaff die endogenen Faktoren stagnierender Entwicklung und sehen einen der Hauptgründe in den Beharrungstendenzen neopatrimonialer Herrschaft in Afrika. Aus meiner Sicht dürfte eine der zukünftigen Fragen in bezug auf politische Herrschaft in Afrika sein, ob sich diese neopatrimonialen, klientelistischen Strukturen mit westlichen Demokratievorstellungen harmonisieren lassen und etwas Neues synthetisieren, ob sie demokratieresistent sind oder ob sie im Sinne der Modernisierungstheorie „wegmodernisiert“ werden müssen. Ich hege meine Zweifel, ob sich die letzte Option im Zuge u.a. der Renaissance der „Chiefs“ wird durchsetzen können. Hinsichtlich einer Demokratisierung, ganz zu Schweigen einer Konsolidierung der Demokratisierungsprozesse im westlichen Gewand erscheinen mir die Autoren in ihrer Bewertung als zu optimistisch. Einige afrikanische Staaten befinden sich im Prozess der Konsolidierung, dies kann immer nur ein Prozess sein, da es keinen Endpunkt der Geschichte und somit der Demokratie gibt, aber dieser Prozess muss Räume lassen für die gesellschaftliche Gestaltungskraft afrikanischer Menschen im Zuge ihrer Bedürfnisse und sollte nicht zu sehr durch eine Determiniertheit euro-/amerikanischer historischer Prozesse eingeengt werden. Im Fokus ihrer Analysen steht ein akteurszentrierter Ansatz, repräsentiert durch das SKOG-Konzept, der personen- und aktorsgruppenzentrierte gegenüber strukturellen und exogenen präferiert, eine naheliegende Schlussfolgerung der Interpretation neopatrimonialer Herrschaft. Kapitel 6 beschäftigt sich mit der Außenpolitik Afrikas und

außenpolitischen Beziehungen der großen Mächte zu Afrika. Kapitel 7 analysiert die Wirtschaftsmisere und Wirtschaftsentwicklung Afrikas, bevor in Kapitel 8 ein Resümee gezogen wird, welches durchaus kritisch ausfällt aber dennoch offen ist für die vielen positiven Prozesse und Phänomene Afrikas, die die Autoren in fünf Trends zusammenfassen: 1. Erfolge durch die Ausweitung von Partizipation und Demokratie, auch repräsentiert durch das Wiedererstarken politischer Parteien in einigen Ländern, 2. beachtliche Fortschritte bei der gesellschaftlichen Integration z.B. in Ghana und Kenia, 3. die Fähigkeit afrikanischer Gesellschaften mit Katastrophen aller Art irgendwie fertig zu werden, Improvisations- und Innovationskräfte zu mobilisieren, 4. die wachsende Bereitschaft einiger afrikanischer Regierungseliten die zentrale „ownership“-Frage als Schlüssel zum Entwicklungserfolg zu akzeptieren und 5. Tendenzen der kollektiven Selbsthilfe (Self-Reliance) bei afrikanischen Regierungen (Stichwort NEPAD). Abgerundet wird das Buch durch ein ausführliches Literaturverzeichnis. Bevor ich zu einer abschließenden Bewertung komme, möchte ich noch einmal betonen – folgt man der Analyse der beiden Autoren, dass die Krise „hausgemacht“ sei, also endogenen Faktoren geschuldet ist –, dass die Bearbeitung, ich möchte hier nicht von Lösung sprechen, der afrikanischen Krise auch nur überwiegend endogen erfolgen kann und sollte (vgl. auch die Erfahrungen der asiatischen „Tigerstaaten“). Die Aufgabe des „Westens“ kann nur darin bestehen, in interkulturellen Dialogen, besser Polylogen, Krisenbearbeitungsansätze kritisch zu diskutieren, aber nicht zu diktieren. Es ist die moralische und interessen geleitete Verpflichtung des „Westens“, dies arbeiten die Autoren hervorragend heraus, und hier setzen sie sich wohlthuend von den Apologeten des Afrika-Memorandums ab, Afrika oder weite Teile im Zuge der Globalisierung nicht abzuschreiben und zu „vergessen“. Denn Afrika nimmt Teil an der Globalisierung, wenn

auch in vom „Westen“ zum Teil unbeabsichtigter und unerwünschter Weise, die Flüchtlingsströme in Südeuropa veranschaulichen das u.a. auf exemplarische Weise. Für den „Westen“ gilt es die Entwicklungszusammenarbeit zu überdenken und paternalistische Elemente radikal über Bord zu werfen, um endogene Überlebens- und Entwicklungsinitiativen afrikanischer Menschen und Gemeinschaften zu fördern und zu fördern.

Das Buch hat sich im universitären Umfeld hervorragend bewährt. Allerdings eignet es sich weniger für Studienanfänger, eher für mittlere und höhere Semester, da es aufgrund seiner Komplexität und seines erweiterten politikwissenschaftlichen Vokabulars Studienanfänger überfordern könnte. Hier helfen auch die eingestreuten Länderbeispiele nicht immer unbedingt, sie sind zum Teil eher verwirrend als erhellend.

Zu guter Letzt: Das Buch ließe sich noch sehr gut erweitern. Ich möchte hier nicht einer einfachen Verschulung des Studiums das Wort reden, dennoch könnte ein Quellen- und Arbeitsheft bzw. Buch das vorhandene Werk ergänzen und bereichern. Oftmals fehlt es den Studierenden an elementaren Handwerkszeug eines Sozialwissenschaftlers, dem Umgang mit Quellen und der Interpretation von Texten und deren Einordnung in wissenschaftliche Diskussionen. Zudem könnten die Autoren Arbeitshilfen für das Erstellen einzelner Länderstudien geben, da dies den Studierenden in der Praxis viele Arbeitsanreize bieten würde und auch häufig gewünscht wird. Unterhalb der universitären Ebene wäre es ebenso empfehlenswert, Schülern und Afrikainteressierten ein vom Umfang ähnlich komplexes, in seiner Sprache und seinem Inhalt aber weniger anspruchsvolles Buch an die Hand zu geben, um Vorurteile über Afrika schon früher abzubauen. Ein geeignetes Forschungsprojekt, gelei-

tet durch die beiden Autoren, könnte hier Abhilfe schaffen.

*Christian Kohrs*

Andreas Fanizadeh & Eva-Christina Meier (Hg.): *Chile International. Kunst Existenz Multitude* (mit Abbildungen, Texte auf Deutsch und Spanisch). Berlin: ID Verlag 2005. 175 Seiten

Als 1990 mit der Abwahl General Pinochets die wohl bekannteste Militärdiktatur Lateinamerikas zu Ende ging, schienen die Zeichen für den gesamten Kontinent auf Demokratisierung zu stehen. In Chile hatte das Militär 1973 geputscht und später unter maßgeblicher Beteiligung von Wirtschaftswissenschaftlern aus Chicago den Neoliberalismus eingeführt. Nun ist seit fünfzehn Jahren „Übergang“. Was darunter zu verstehen und wie er zu bewerten ist, darüber herrscht Uneinigkeit. Seit dem Abgang des Diktators regiert das demokratische Lager aus Sozial- und Christdemokraten, Concertación genannt. Die von den so genannten „Chicago Boys“ eingeführten Politiken aber wurden keineswegs geschasst, und zwar nicht zuletzt aus Angst vor der Oligarchie und der diktaturfreundlichen Hälfte der Bevölkerung.

Gespalten präsentiert sich die Gesellschaft aber nicht nur auf der Ebene parlamentarischer Repräsentation. Auch die AutorInnen des Bandes über das zeitgenössische Kunstgeschehen sind sich nicht einig: Während sich *Guillermo Cifuentes* in seinem Galerien-Rundgang darüber freut, dass „die politische Macht seit der Rückkehr zur Demokratie in den Händen der fortschrittlichen Kräfte“ (85) befände, konstatiert *Jorge Calbuco* alles andere als Freude und Fortschritt. „Aus der Sicht der Menschenrechte und des internationalen Rechts“, schreibt der Soziologe und Mapuche-Aktivist, „lässt sich davon sprechen, dass der chilenische Staat eine Praxis

des Völkermordes gegen die Nation der Mapuche verfolgt“ (145). Während sich in der Mittelschicht eine lebendige, künstlerische Szene herausbildet, die im Vorwort subkulturell genannt wird und um die sich das Buch hauptsächlich dreht, bleibt die Situation für die (ethnischen) Minderheiten offenbar lebensbedrohlich. In beiden prekären Lebenslagen aber haben kulturelle Kämpfe an Bedeutung gewonnen.

Ob die gemeinschaftliche Organisation von Lebensverhältnissen einzig von der Diktatur platt gemacht wurde oder ob sie nicht ohnehin mit den modernistischen Träumen habe untergehen müssen, beantwortet der Band nicht eindeutig. Die Farbfotostrecke von *Eva-Christina Meier* („Die Ressourcen verkaufen, die Geschichte vergessen“) knüpft mit tristen Wohnanlagen in bunt an den staatlichen Utopien aus vordiktatorischen Zeiten an und lässt sie im nicht weniger farbenfrohen, öffentlichen Schwimmbad vor dem Gegenwarts Panorama einer Müllhalde und den Anden enden. Ein zentraler Satz lässt sich in dieser Hinsicht auch in der schönen Beschreibung der modernistischen Gemeinde-Architekturen von *Alvaro Peralta Sáinz* finden: „Die Gemeinschaftsflächen liegen brach“ (32).

Demgegenüber handeln aber die beiden von den HerausgeberInnen geführten Gespräche von selbst organisierten Kunsträumen in der Hauptstadt Santiago. Dass das Nischendasein der KünstlerInnen ihren gesellschaftlich-politischen Ansprüchen dabei oft nicht entspricht und letztere durch Finanznöte zusätzlich untergraben werden, weil von Kompromissen gebeugt – eine originär lateinamerikanische oder chilenische Problematik scheint das nicht zu sein. Spezifischer ist da schon der persönliche Rückblick auf die in den 1970er Jahren aktive Künstlergruppe „Colectivo Acciones de Arte“, auch wenn deren geistreich abgekürzt Name – „cada“ bedeutet jede/r – anderes verspricht. Unter den Bedingungen der Diktatur

das Städtische in eine Metapher verwandeln zu wollen, unterschied sich eben doch von der Kunstproduktion in Zeiten der „Verpflichtung zum Konsens“ (136), wie Ex-CADA-Mitglied *Diamela Eltit* betont. Und dennoch schließt jene, das lässt sich dank des Buchkonzeptes erkennen, eben nicht nur an westeuropäische Debatten, sondern ganz wesentlich auch an Praktiken aus der Geschichte vor Ort an.

Antonio Negris Bemühen, im Anschluss an Michel Foucault „widerständige Erfahrungen“ (148) zu fassen und gegen die „imperiale Biomacht“ (154) in Stellung zu bringen, bleibt ebenso merkwürdig unvermittelt wie *Juliane Rebentischs* Beitrag über den Unterschied zwischen dokumentarischen und ästhetischen Bildern: Beide Aufsätze beziehen sich mit keinem Wort auf die Situation in Chile. Aber vielleicht ist auch das schon Kunst, wie sie Rebentisch versteht, nämlich als Unterbrechung alltäglicher Routinen „zugunsten von deren reflexiver Distanzierung“ (54). Entfernt vom Rest der Beiträge erscheint ebenfalls der Abdruck zweier Gedichte von Toco-tronic-Sänger Dirk von Lowtzow, die als Songs sicher nicht schlecht klingen würden. Hier sollen sie wohl – Lowtzow schreibt ja für die Berliner Zeitschrift *Texte zur Kunst* – den Anschluss an den westeuropäischen Kunstdiskurs symbolisieren. Naja. Das alles lässt sich natürlich auch als Teil der Auseinandersetzung um einen weiten Begriff von Demokratisierung lesen. Dann ist der gewagte Text- und Bildsortenmix des Bandes nur in hohen Tönen zu loben.

*Jens Kastner*

Waltraud Ernst (Hg.): *Leben und Wirtschaften – Geschlechterkonstruktionen durch Arbeit*. Münster u.a.: Lit Verlag 2005 (Focus Gender, Bd. 3). 276 Seiten

Wenn der hier zu besprechende Band im Untertitel auf „Geschlechterkonstruktionen durch

Arbeit“ verweist, so beinhaltet er doch wesentlich mehr: In siebzehn interessanten, teilweise bereits veröffentlichten Aufsätzen wird ein Kaleidoskop des komplexen Wechselverhältnisses zwischen sozialer Ungleichheit und Geschlechterordnung entworfen.

Der Ausgangspunkt sozialer Ungleichheit bleibt, wie *Waltraud Ernst* in der Einleitung betont, in einem hohen Maße der arbeitsrechtliche Status von ArbeitnehmerInnen, denn dieser bestimmt weiterhin über die gesellschaftlichen Positionierungen. Folglich thematisiert der Sammelband in den einleitenden Aufsätzen die Erwerbszentrierung der Kategorie „Arbeit“ und die sozialen Folgen des (ebenso weiterhin gültigen) *breadwinner*-Modells in Zeiten von Hartz IV. Abweichend von anderen Beiträgen aus der Frauen- und Genderforschung wird hier Geschlecht nicht per se als sozialer Malus oder Bonus betrachtet, wohl aber wird die soziale Ungleichheit generierende Wirkung rechtlicher und sozialer Normen reflektiert. Kritisiert werden auch die wissenschaftlichen Konstruktionen in der älteren Genderforschung und ein darauf aufbauendes, häufig hemdsärmeliges ‘gender mainstreaming’, das eher der Regulierung der Arbeitsmärkte dient, weniger aber der Geschlechtergerechtigkeit Hilfestellung leistet (vgl. den Aufsatz von Mechthild Bereswill).

Die Beiträge und empirischen Materialien des Bandes lassen dabei erkennen, dass einerseits im Bereich der „working poor“, der MigrantInnen und der Erwerbslosen mehr Frauen als Männer von Marginalisierung bedroht werden, dass sich jedoch zugleich neue soziale Spaltungen zu jenen Frauen abzeichnen, die von der Erwerbszentrierung der „Arbeit“ und dem Outsourcing reproduktiver Kompetenzen profitieren. Doch der Reihe nach.

Dass sich die inhaltlichen Aussagen in den Aufsätzen der Autorinnen<sup>1</sup> gelegentlich überkreuzen oder widersprechen, hält der

Rezensent eher für eine Stärke des Buches, bieten sie doch dem Leser oder der Leserin erst eine Möglichkeit zur Reflektion: *Margrit Eichler* und *Ann Matthews* stellen Ergebnisse einer empirischen Untersuchung aus Kanada vor, in der eine Gruppe von Frauen und Männer (verschiedener Ethnien) sich über den Wert von „Arbeit“ (Erwerbsarbeit, Hausarbeit, „Nicht-Arbeit“) verständigen sollen. Dabei wird die „Fürsorge für die eigene Person“ als das stärkste Differenzmerkmal zwischen den Untersuchten herausgearbeitet und folglich der messbare „Energieaufwand“ als integrativer Ansatz einer umfassenden Definition von Arbeit/Nicht-Arbeit eingeführt. Unterschieden wird dann zwischen Gruppen unterschiedlicher Energieausstattung. Dass damit andererseits gerade auch sozialer Ausschluss begründet werden kann, ist uns in Deutschland spätestens seit Wolfgang Clements Einwurf zur Bewertung der Erwerbsfähigkeit von Behinderten klar (‘Koma-Patienten’ in der Arbeitsförderung). *Marion Möhles* Aufsatz zur weiblichen Subjektstituierung unter Hartz IV bietet dafür dann später auch recht gutes Anschauungsmaterial.

*Kirsten Schweiwes* Beitrag zu den sozialversicherungsrechtlichen Folgen der Gültigkeit des traditionellen Ernährermodells zeigt uns die rechtlichen Rahmenbedingungen der sozialen Gleichstellungspolitik unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsförderung. Die historische Entwicklung in Deutschland, nämlich die Verlängerung der Segregation der Arbeitsmärkte in die Sozialversicherung hinein, wird uns noch einmal eindrucksvoll vor Augen geführt.

Die Volkswirtschaftlerin *Claudia Behrens* geht das Thema Geschlechterkonstruktion von der Seite der Quantifizierung und am Beispiel der Gesundheitskosten an, wobei sie den nicht-geschlechtsneutralen und erwerbsbezogenen Humankapitalansatz mit einem

eigenen Ansatz konfrontiert. Die vorgeschlagene Verbindung demographischer, medizinastatistischer und ökonomischer Variablen scheint für die Abbildung von Geschlechterordnungen vielversprechend; eine entsprechende Auseinandersetzung mit (geschlechtsspezifischer) ‘Ungleichheit’ tritt im Aufsatz hinter der Darlegung der empirischen Methode gleichwohl zurück.

Der bereits erwähnte Aufsatz von *Marion Möhle* zur weiblichen Subjektstituierung unter Hartz IV misst eine „feministische Sozialpolitik-Analyse“ an drei Prüfsteinen: an der Thematisierung der Abhängigkeit von Frauen, an der Thematisierung der Sichtbarkeit/Unsichtbarkeit von Frauen und schließlich drittens an den von Frauen dargebrachten „Leistungen“. Leistung erscheint gleichwohl nicht als durchgängig positiv konnotierte Kategorie für die Geschlechtergerechtigkeit, sondern es werden gerade ihre Ambivalenzen als möglicher Forschungsgegenstand in den Vordergrund gerückt. Einerseits droht das ‘Verschwinden’ jeglicher Form nicht-monetärer Leistung (auch von Männern), andererseits resultieren wachsende Ungleichheiten *zwischen* Frauen gerade daraus, dass der Umbau wohlfahrtstaatlicher Steuerung entlang *individueller* Leistungskriterien aufgebaut wird. Wir haben es hier mit einem Kernthema des Bandes zu tun, das, wie wir sehen werden, auch an anderen Stellen immer wieder aufgegriffen und bei dem mehrmals auf Foucaults Konzept der Gouvernementalität verwiesen wird.

*Karin Schönplugs* Ausflug in die Welt feministischer Utopie (Piercy, Perkins, Russ, Firestone, Gilman u.a.) zeigt die enge Verbindung von Geschlechtergerechtigkeit mit Generationengerechtigkeit auf und erinnert daran, dass der Gedanke des Teilens und der der Zurückweisung von „Gier“ auch in nicht-religiösen Kreisen einmal hochgehalten worden wurde.

Im Buch folgen nach diesem Einleitungsteil die empirisch gehaltvollsten Aufsätze: Zunächst geht *Claudia Gather* auf den Zusammenhang von Haushaltsarbeit und sozialer Ungleichheit ein und demonstriert an diversen Daten, wie sich seit der neoliberalen Wende in den 1980er Jahren das Ungleichgewicht zwischen den Geschlechtern noch stärker zu Lasten 'schwächerer' Frauen verlagert hat: gemeint ist die eklatante Ausweitung des Dienstpersonals und der (unter der Hand) bezahlten Hausarbeit, die vor allem von Migrantinnen und älteren weiblichen Familienangehörigen geleistet wird. Die Qualifizierung der einen Gruppe (der Frauen) hängt hier eng an der Dequalifizierung der anderen. Gelegentliche Fortschritte in der geschlechtergerechten Verteilung von Haushalts- und Erziehungsarbeit aktiver TeilnehmerInnen des ersten Arbeitsmarktes gehen hinter diesem Faktum fast unter.

Die Situation der Migrantinnen auf den unregulierten Arbeitsmärkten (vielfach zählt auch die Gastronomie und die Unterhaltungsindustrie [Prostitution] dazu), wird dann im Anschluss von *Helma Lutz* im Detail eindrucksvoll aufgeschlüsselt. Lutz zeigt, dass das (z.T. große Bildungskapital) der Migrantinnen in den westlichen Zielländern nicht als Bildungskapital, sondern als soziales Kapital in Mittelschichtshaushalten relevant wird. Gleichzeitig folgt Lutz hier den Thesen von Pierre Bourdieu und Irvin Goffman, die besagen, dass hierarchische Geschlechterordnungen als vor allem symbolische Ordnungen immer wieder neu hergestellt werden. Gerade das Outsourcing von Reproduktionsarbeit an Migrantinnen bietet dafür ein gutes Beispiel: „Die Umverteilung von Haus- und Versorgungsarbeit auf eine andere Frau ist genau aus diesem Grunde so weitgehend akzeptiert, weil sie in der Logik des Doing-Gender verbleibt“ (117). So wird deutlich, dass wir einer Lösung nur dann nä-

her kommen werden, wenn die Themen Geschlechtergerechtigkeit, soziale Ungleichheit, Migration/Ethnizität und Bildung endlich als zusammengehörig betrachtet werden.

In einem zweiten Aufsatz vertieft *Margrit Eichler* die Ausführungen zum Wert der Haushalts-, Erziehungs- und Fürsorgearbeit und unterfüttert die Diskussion mit weiteren empirischen Daten aus Kanada. Wie zuvor schon bei Helma Lutz, endet der Artikel mit einem Appell zur besseren Sichtbarmachung der Nützlichkeit von Fürsorge/Pflegearbeit für die Zivilgesellschaft. Die deutsche Pflegeversicherung wirkt hier angesichts der Situation in anderen Ländern bereits als Schritt in die richtige Richtung.

Der Aufsatz von *Antke Engel* zur Verschränkung von Sexualität und Ökonomie beschäftigt sich mindesten unterschwellig – und das verbindet ihn mit den anderen Artikeln – mit dem Thema Leistung. „Leistung“ wird strittigerweise als heterosexuelle Norm identifiziert. In den Augen der Autorin ist der Preis der stärkeren Sichtbarkeit und Anerkennung der Homosexualität in der Öffentlichkeit (die „neue Homonormativität“) das Einverständnis der Homosexuellen mit dem Konzept *individueller* Auslese unter Leistungsgesichtspunkten. Gleichzeitig ginge damit die Anerkennung der Weiblichkeit als Konzept der Schwäche und Abhängigkeit durch Homosexuelle einher. Hier wird also die Ausdifferenzierung von Gruppen als ein gemeinsames Merkmal des Themas „Geschlechterordnung und Arbeit“ erkannt und im Sinne der anderen Artikel gefordert, die „Care-Relationen“ (Fürsorge, Empathie etc.) zurück in den politischen Raum zu holen.

*Kirsten Schweiwes* Artikel zur Schwangerschaft und Elternschaft in der Adoleszenz bietet nicht nur aktuelles Datenmaterial und ausführliche Informationen zu allen juristischen Fragen, sondern weist auch auf die frühe Mutterschaft als irritierendes und



ambivalentes Konzept der sozialen Statussicherung durch junge Mädchen hin.

Strategien zur Organisation von Erwerbs- und Familienarbeit diskutieren *Martina Oster* und *Holger Nieberg*. Unzufriedenheiten und Überforderungen beider Geschlechter mit einer neuen Familienorganisation ergeben sich nach den empirischen Resultaten weniger aus einem Mangel an möglichen Strategien, sondern aus der Diskrepanz zwischen (zu hohen) Ansprüchen und der Desillusionierung durch mangelnde Umsetzbarkeit. Selbst dort, wo Versuche einer Neuorganisation unternommen werden, würden diese scheitern, sobald ernsthafte Konflikte auftauchen. Dass Überforderung und Leistungsdruck die Familienwirklichkeit prägen, so die AutorInnen, führt zu der Erkenntnis, dass erneut über das Leitbild „multiple Anforderungen“ geredet werden muss. Die Thematik „soziale Ungleichheit“ wird auch in diesem Zusammenhang aufgegriffen: Auch ohne direkt das Migrationsthema zu erwähnen, weisen Oster und Nieberg auf die Schlagseite bestehender politischer und gesetzlicher Vorhaben hin, die sich nicht nur an die „gut qualifizierten Frauen des akademischen Sozialmilieus“ wenden dürften.

Bisher sind alleinerziehende Migranten und Migratinnen in Deutschland, immerhin schätzungsweise 500.000 Personen, kaum Gegenstand der Forschung gewesen. *Dorothea Krüger* und *Lydia Potts* berichten über sie im Rahmen eines Forschungsprojekts an der Uni Oldenburg. Sie weisen dabei auf den Fähigkeiten-Ansatz von Martha Nussbaum hin, der besagt, dass nicht das Vorhandensein von Ressourcen an sich, sondern nur die konkreten Nutzungsmöglichkeiten Veränderungen in der (globalen) Geschlechtergerechtigkeit bewirken. Die Verfügbarkeit hängt wiederum eng an der Entwicklung von Eigenständigkeit und Selbstvertrauen.

Darauf kommt auch *Marina Blagojevic* zu sprechen. Ihr Aufsatz zur Lage der Akademikerinnen in den Transformationsländern in Mittel-, Ost- und Südosteuropa (Semi-Peripherie) bildet ein Highlight des Bandes. Zeigt er doch vor allem auf, dass gerade die verstärkte Feminisierung eines Berufsfeldes Ausdruck des Niedergangs der öffentlichen Bewertung entsprechender Berufe sein kann: Die in der Semi-Peripherie zu verzeichnende „Proletarisierung der akademischen Berufe ist eng mit ihrer Feminisierung verbunden und umgekehrt“ (210). Eindrucksvoll zeichnet Blagojevic nach, wie aber gerade der Kampf um soziale Anerkennung bei akademisch gebildeten Frauen aus der Semi-Peripherie spezifische Kräfte mobilisiert. Gerade die überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft dieser Frauen bedingt ihre Beziehung zu den Frauen in den Kernländern der EU: „Ständige Mobilität ist das Modell, das sich einige osteuropäische Frauen als Überlebensstrategie zu eigen gemacht haben oder auch als Strategie für den sozialen Aufstieg. Für viele andere Frauen, die in den Kernländern leben, stellt der Zwang mobil zu sein, kein Mittel dar, das zu greifbaren materiellen Erfolgen führt, sondern ist lediglich eine zusätzliche Nötigung, die aus den neuen ökonomischen Entwicklungen hervorgeht. Dieser Unterschied kommt daher, dass die Osteuropäerinnen durch ihre Mobilität versuchen, Nachteile in Vorteile umzuwandeln“ (213).

In den zu hohen Erwartungen, in der (Selbst-)Überforderung hinsichtlich der eigenen Flexibilitäts- und Mobilitätsanforderungen sieht die Autorin aber auch die Kehrseite dieser Strategie: Frauen werden dann zu „Gefangenen ihres eigenen Leistungstrebens (...), wenn sie es immer auf die Übererfüllung der Norm abgesehen haben“ (215).

Dass Geschlechtergerechtigkeit und Leistungsgerechtigkeit häufig gemeinsam diskutiert, aber selten im Sinne der Betroffenen

interpretiert würden, zeigen auch die Artikel zum 'gender mainstreaming': *Mechthild Bereswill* erkennt, dass in der unternehmerischen und behördlichen Praxis Geschlechtergerechtigkeit auf eine Strategie individueller Lernlust und Lernbereitschaft reduziert würde: „Wenn Frauen und Männer sich die entsprechende Genderkompetenz antrainieren und genügend Aushandlungsgeschick zeigen, entwickelt sich Geschlechtergerechtigkeit wie von selbst – zwischen Individuen, die zukünftig ja sowieso immer mehr auf sich gestellt sind und in die Verantwortung genommen werden sollen. Diese Anspielung verweist auf die unübersehbare Nähe zwischen den neoliberalen Diskursen über Selbstverantwortung und Selbstoptimierung und aktuellen geschlechterpolitischen Entwicklungen“ (221). Der durch ein derart verstandenes „gender mainstreaming“ eigentlich nur verdoppelten Form der Zweigeschlechtlichkeit stellt die Autorin die *ergebnis-offene* Auseinandersetzung mit verinnerlichten Geschlechterstereotypen gegenüber. Ein Lernen über die wahren Muster unserer „sozialen Geschlechter“ setze erst dann ein, wenn vermeintlich eindeutige Unterschiede zwischen „Weiblichkeit“ und „Männlichkeit“ hinterfragt würden. Das normative Ideal des Abbaus von sozialer Ungleichheit scheint so gerade an die Anerkennung der Ambivalenzen der „sozialen Geschlechter“ gebunden.

So sinnvoll diese Einsicht ist, so evident ist gleichwohl auch *Ilona Ebberts* Hinweis, dass „bezogen auf die Berufswelt faktisch immer noch ein geschlechtsspezifischer Arbeitsmarkt vorzufinden ist“, der eben qua dieser Stereotype funktioniert. Ebberts widmet sich gleichwohl der Frage der Monoedukation für (potentielle) Unternehmensnachfolgerinnen und folgt dabei lernpsychologischen Methoden. Claudia Neusüßs Bericht über Frauengewerbezentren zeigt, wie in den 1980er Jahren sich die Wahrnehmung des „überforderten Sozialstaats“ und

das „Unabhängigkeitsstreben vieler Akteurinnen der westdeutschen Frauenbewegung“ zusammenfanden (feministischer Geldkreislauf, 265). Ist es nur ein Zufall, dass gerade in einem Bericht über die verdienstvollen Berliner Frauennetzwerke Plastikwörter wie „Empowerment“, „Best Practices“ (271), „fordern und fördern“ (270) Einzug halten?

Am Beispiel der Wohlfahrtsarbeit wird uns demonstriert, wie stark die Stereotype des „sozialen Geschlechts“ bereits die historische Herausbildung dieses Arbeitsmarkts dominiert haben. Hier waren es beispielsweise die Zuweisungen einer „lebendigen Fürsorge“ (weiblich) gegen das „tote Verwaltungshandeln“ (männlich). Das in der Wohlfahrtsarbeit in wechselnden Konjunkturen (wieder)belebte Leitbild der „neutralen Fachkraft“ scheint gleichwohl dann nicht nur Stereotype zum Verschwinden zu bringen: Weiterhin relevante Differenzen drohten verdeckt zu werden, wenn Gleichstellung als Individualisierung verstanden wird.

Mitunter kann über den Sinn einer Kompilation von Aufsätze gestritten werden, für den hier besprochenen Band 3 der Reihe „Focus Gender“ des Zentrum für Interdisziplinäre Frauen- und Geschlechterforschung der HAWK/FH Hildesheim/Holzwinden/Göttingen und der Stiftung Universität Hildesheim trifft dies jedoch keinesfalls zu: Die Bedeutung der Frauen- und Geschlechterforschung für aktuelle soziologische, ökonomische und demographische Problemstellungen wird transparent.

*Hansjörg Gutberger*

### Anmerkung

- 1 Dass nur ein Mann unter einundzwanzig Frauen an dem Zustandekommen des Bandes beteiligt war, spricht eine eindeutige Sprache über den weiblichen 'Bias' der Genderforschung.